Herausgegeben von AK und ÖGB AUSGABE 7/2020, 74. Jahrgang € 2,50 **www.arbeit-wirtschaft.at**

Arbeit&Wirtschaft

Der Ernst der Lage

Der Arbeitsmarkt liegt am Boden – der stärkste Rückgang der Beschäftigung seit 70 Jahren schafft Rekordarbeitslosigkeit. Wie kommen wir da wieder heraus?

5.000 Jobs weg? / 6
MAN-Betriebsrat im Kampf gegen die Schließung

Wenn die Krise länger dauert? / 12
AMS-Chef Buchinger mahnt: „Keine wirklichen Vorbereitungen“

#7

MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe
Sonja Adler, Barbara Blaha, Wolfgang Dorninger, Vera Glassner, Thomas Jarmer, Alice Kundtner, Michael Mazohl, Anja Melzer, Miriam Mone, Sebastian Panny, Brigitte Pellar, Alexandra Rotter, Irene Steindl, Leo Stempfl, Natascha Strobl, Simon Theurl, Christina Weichselbaumer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee
www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber
Bundesarbeitskammer
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller
Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
7201 Neudörfl, Bickfordstr. 21
Verlagsort Wien
Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung
Johannes Bagga, Tugce Öztürk
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,– (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,– Porto
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,– (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493, ISSN (Blog) 2519-5492
Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft" wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Einige Mitwirkende dieser Ausgabe

LEO STEMPFL
FREIER JOURNALIST
Unser Neuzugang! Leo Stempfl arbeitet als Redakteur bei einer Wiener Tageszeitung und studiert Publizistik. Er liebt die Berge und war in fast jedem Land Europas – für uns stieg er (nur metaphorisch) ins Tal und hat über Jugendarbeitslosigkeit geschrieben.

EVA BALDRIAN-WAGNER
BETRIEBSRÄTIN
Wer unser Krisentagebuch, die Online-Video-Kolumne, verfolgt, kennt natürlich Eva. Die Betriebsrätin kämpft dafür, allen Menschen ein gesundes Arbeitsleben zu ermöglichen. Übrigens: Ihre Hunde Lucy und Amelie sitzen bei der Aufzeichnung gerne heimlich dabei.

NATASCHA STROBL
POLITIKWISSENSCHAFTERIN
Auch Natascha Strobl hat uns heuer schon einige Krisentagebücher geliefert. Die Politikwissenschafterin beschäftigt sich mit Framing und rhetorischen Strategien der (extremen) Rechten. Für uns hat sie dieses Mal Facebook-Posts aus ÖVP-Feder genauer untersucht.

MICHAEL MAZOHL
CHEFREDAKTEUR
Und noch ein bekannter Vlogger! Unser Chefredakteur hält bei uns alle Fäden zusammen, führt Interviews wie kein Zweiter, fotografiert ganze Geschichten direkt selbst und analysiert sich die Finger wund. Nur eines hasst er wirklich: wenn man ihn „Chef" nennt.

Stempfl © privat | Baldrian-Wagner © Markus Zahradnik | Strobl © Christopher Glanz | Mazohl © privat

Der Alpenkönig und die Menschenfeinde

ANJA MELZER
MICHAEL MAZOHL
REDAKTION

Hört, hört: „Alle raus aus den sozialen Hängematten, geht wieder arbeiten! Und überhaupt: Es ist vollkommen abstrus, Arbeitslosen jetzt noch mehr Geld hinterherzuwerfen!“ Keine Sorge, das sagen nicht wir – in diesem Ton haben aber zwei Nationalratsabgeordnete von Alpenkönig Kurzchens Gnaden auf Facebook gepostet. In ihrer vollkommen faktenbefreiten Menschenfeindlichkeit mit sozialdarwinistischem Unterton lassen sich aus diesen Aussagen allerdings eine ganze Reihe Aspekte ableiten, die wir in dieser Ausgabe behandeln.

Das Bild der „sozialen Hängematte“ ist dabei ein besonders zynisches, wie Politikwissenschafterin Natascha Strobl in einer sehr scharfen Analyse schreibt. Denn Langzeitarbeitslosigkeit geht einher mit Armutsgefährdung, und mitten in einer Krise haben es diese Menschen besonders schwer, wieder in das Berufsleben einzusteigen. Gerade dann, wenn sie bereits älter als 50 sind. Das ist ein Bereich, in dem der Arbeitsmarkt, der Markt eben, vollkommen versagt. Jetzt kommt auch noch ein zweiter Soft-Lockdown dazu. Deshalb bräuchte es einen Staat, der eingreift und Arbeitsplätze schafft – und damit Perspektiven, gute Einkommen und vor allem: Würde.

Dieser Weg wird ein weiter sein

So ein Programm war die „Aktion 20.000“. Eine der ersten Handlungen von Türkis-Blau war, sie abzudrehen. Wir haben in der Steiermark einige Betroffene getroffen. Solche Programme würde es auch jetzt wieder brauchen – und darüber haben wir mit Herbert Buchinger gesprochen, einem der beiden obersten Köpfe des AMS. Pikant: Sollte sich die Krise über 2021 hinaus prolongieren, gibt es seinen Aussagen zufolge keinerlei Plan zur Krisenbewältigung. Es ist aber nicht immer die Gesundheitskrise, die massive Jobverluste zur Folge hat. Es kann auch schlicht die Profitgier multinationaler Konzerne sein, wie das Beispiel MAN in unserer Coverstory zeigt. Wir haben uns in Steyr umgehört.

Welche Impulse braucht unsere Wirtschaft jetzt also, besonders der Arbeitsmarkt? Darüber haben wir mit Ulrike Huemer vom WIFO und Markus Marterbauer, dem AK-Chefökonomen, gesprochen. Eines können wir hier schon verraten: Ein höheres Arbeitslosengeld ist ein ganz heißer Tipp! ◗

Inhalt

DIE ARBEITSLOSEN VOM CORONA-HERBST

20 Anna, Robert und Stefan haben ihre Arbeit verloren. Die Krise erschwert ihre Arbeitssuche erheblich. Wie können sie ihre Negativspirale aus AMS-Terminen, Schlaflosigkeit und reaktionslosen Bewerbungen durchbrechen? Wir haben nachgefragt.

FIT FÜR DEN AUFSCHWUNG

26 Der stärkste Beschäftigungsrückgang seit 70 Jahren setzt besonders Arbeiter*innen unter Druck. Warum gerade jetzt Qualifizierungsmaßnahmen ausgebaut werden müssen, erklärt WIFO-Arbeitsmarktexpertin Ulrike Huemer im Interview.

WAS VON 20.000 MAL HOFFNUNG BLEIBT

32 Sehr erfolgreich, doch sofort wieder gekillt: Die Aktion 20.000 gab Langzeitarbeitslosen Einkommen, eine sinnvolle Tätigkeit und Würde – wurde aber von Türkis-Blau schnell abgedreht. Wir haben in der Steiermark mit Betroffenen gesprochen.

Wir können die Produktion in die Zukunft fahren 6
Ein Lokalaugenschein bei MAN Steyr

Front gegen ein Recht auf Arbeit 11
Warum Arbeit nicht zu einem Grundrecht erklärt wurde

Wer zahlt, schafft an 12
Im Gespräch mit AMS-Chef Herbert Buchinger

Verlorene Generation 16
Bleibt unsere Jugend auf der Strecke?

Warum muss das Arbeitslosengeld erhöht werden? 19
Die „große Frage" beantwortet Barbara Blaha

Wie sich die Arbeitslosigkeit verfestigt 24
Zahlen, Daten und Fakten zum Arbeitsmarkt

Frauen am Arbeitsmarkt 29
Der Ernst der Lage in fünf Grafiken

Der zweite Weg 30
Wie Frauen der Wiedereinstieg ermöglicht wird

Was zählt jetzt besonders? 37
Wir haben fünf Betriebsrät*innen gefragt

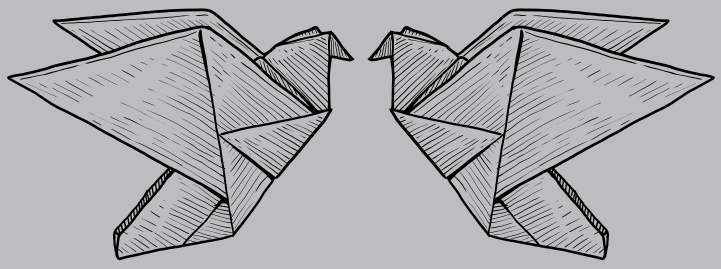
Billigst- oder Bestbieter? 38
Wie öffentliche Aufträge zum Jobmotor werden können

Wann, wenn nicht jetzt? 40
AK-Chefökonom Markus Marterbauer teilt im Interview aus

Wie die COVID-Arbeitsmarktkrise Frauen trifft 43
Der A&W-Blog nimmt die Situation unter die Lupe

Die Guten ins Töpfchen, die Faulen ins Kröpfchen 44
Türkise Rhetorik auf dem Prüfstand

Zu guter Letzt 46
Mahnende Worte der stv. AK-Direktorin Alice Kundtner



Arbeit&Wirtschaft

Abendpost

Der abendliche Newsletter
direkt aus der
Arbeit&Wirtschaft-Redaktion.

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

/AundWMagazin

www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Wir können die Produktion in die Zukunft fahren

Es war ein schwarzer Freitag, der 11. September 2020: Am Vormittag verkündete der Vorstand von MAN, 2023 das Werk in Steyr schließen zu wollen. Aus Kostengründen. Mehr als 5.000 Menschen wären davon betroffen. Der Betriebsrat kämpft nun mit allen Mitteln, um das Steuer noch herumzureißen. Ein Lokalaugenschein.

TEXT IRENE STEINDL

Der Stadtplatz von Steyr mit seiner neuen Flaniermeile wirkt wie im Dornröschenschlaf. Nur wenige Menschen schlendern durch die Fußgängerzone oder warten bei der Bushaltestelle vor dem Rathaus. Keine Anzeichen deuten mehr darauf hin, was sich kürzlich hier abgespielt hat: Mit Trillerpfeifen und Plakaten mit der Aufschrift „Das hat Steyr nicht verdient!" machten am 15. Oktober knapp 4.000 Menschen ihrem Unmut über die geplante Schließung des MAN-Werks Luft. Darunter die 2.300 Beschäftigten, aber auch viele Zulieferer, Kolleg*innen von benachbarten Werken, ehemalige Mitarbeiter*innen, Gewerkschafter*innen und solidarische Bürger*innen. Sie alle hat die Hiobsbotschaft des VW-Konzerns, das Werk Steyr 2023 schließen zu wollen, wie ein Schlag ins Gesicht getroffen.

„Manche Beschäftigten flippen ganz schön aus."

Thomas Kutsam, Betriebsrat

Notfalls müssen die Riemen fallen

Nur einen Kilometer vom Stadtplatz entfernt, erstreckt sich auf 500.000 Quadratmetern das gigantische Areal des MAN-Werks. Lastwägen mit roten und weißen Fahrerhäusern wuseln durch das Gelände, auf einem Parkplatz warten Dutzende Lkws auf ihre Auslieferung. „Pro Tag produzieren wir hier neunzig Lastwägen", erzählt Erich Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter*innenbetriebsrats. Die Auftragsbücher sind voll, die Produktion läuft auf Hochtouren. Kaum zu glauben, wenn man bedenkt, dass hier das Aus droht. Die Strapazen der letzten Wochen sieht man Erich Schwarz nicht an. Er wirkt ruhig und nimmt sich Zeit, obwohl der nächste Termin schon drängt. Privatleben gibt es für ihn und seinen Kollegen Thomas Kutsam vom Angestelltenbetriebsrat schon seit Wochen nicht mehr. Beide haben sich auf die Fahnen geschrieben, mit allen Mitteln zu kämpfen, um den Standort zu erhalten. „Manche Beschäftigten flippen ganz schön aus", erzählt Kutsam. Abends erreichen ihn SMS wie: „Bitte sei ehrlich. Was weißt du?" – „Aber wir wissen momentan auch nicht mehr." Ende Oktober beginnen die Verhandlungen mit dem Vorstand in München, dann zeichnet sich ab, wie es weitergehen soll. „Notfalls müssen die Riemen fallen und für einige Stunden der Betrieb lahmgelegt werden", meint Erich Schwarz. Aber der Reihe nach.

Fehlwirtschaft ist schon lange bekannt

Im Jänner 2020 unterzeichneten die Aufsichtsratsmitglieder der MAN Truck & Bus Österreich GmbH den sogenannten Beschäftigungs- und Standortsicherungsvertrag. Damit garantierten sie die Fortführung des Standorts bis 2030. Nach nicht einmal zehn Mo-

Die Betriebsräte Erich Schwarz und Thomas Kutsam sind bereit, mit allen Mitteln zu kämpfen. Ihr Ziel: den Standort zu erhalten und ein innovatives Konzept für eine Zukunft von MAN Steyr auszuarbeiten, gemeinsam mit den Beschäftigten.

naten kündigte der Vorstand den Vertrag einseitig auf. Die Produktion sei zu teuer, der Konzern müsse sparen. Zukünftig soll in Polen und in der Türkei produziert werden. Den Vertragsbruch wollen die Betriebsrät*innen keinesfalls hinnehmen. Derzeit prüfen sie, ob eine einseitige Kündigung überhaupt möglich ist.

Was aber das Vertrauen betrifft, da ist viel Porzellan zerbrochen. „Den Vertrag haben wir ja nicht einfach so bekommen. Im Tausch haben wir flexiblen Arbeitszeiten zugestimmt und produzieren zwei Lkws pro Tag kostenlos“, so Schwarz. Die wirtschaftliche Schieflage im Konzern ist schon länger bekannt. Die kleinen und mittleren Lkws, die in Steyr produziert werden, werfen kaum noch Gewinne ab – auch wenn die Zahlen immer schwarz waren. Hinzu kommt: Bis 2025 muss laut EU-Verordnung der CO_2-Ausstoß um 15 Prozent reduziert werden, sonst drohen Strafzahlungen. In Zukunft sollen die Lastwägen daher vor allem mit Strom oder Wasserstoff fahren. Der übliche Dieselantrieb ist in der Form nicht zukunftsfähig. Das Problem dabei: Die neuen Antriebstechnologien müssen erst entwickelt werden, und das sei immens teuer. „Es werden Dinge verlangt, für die es noch gar keine Infrastruktur gibt. Da muss die Politik einschreiten“, fordert Schwarz, „hier in Steyr sitzt seit 100 Jahren geballtes Know-how. Fast jeder, der am Bandl steht, ist Facharbeiter. Wir in Steyr können die Produktion in die Zukunft fahren.“ Verzichte der VW-Konzern auf dieses Know-how, brülle der Löwe in fünf Jahren nicht mehr, und zwar nirgendwo, spielt Schwarz auf das Firmenlogo an. Denn bis die Produktion in Polen oder der Türkei anlaufe, sei es zu spät. Es brauche Jahrzehnte, um die Abläufe zu optimieren.

Die Ungewissheit – wie ein Stein im Bauch

Die Ungewissheit sei das Schrecklichste, meint Fritz, „wie ein Stein im Bauch“. Fritz, 51 Jahre alt, arbeitet seit 31 Jahren im Werk. Er und seine Kolleg*innen sind enttäuscht und wütend. Viele haben Angst um ihre Zukunft. „Ich bin 46 Jahre alt, gelernter Mechaniker und seit 14 Jahren bei MAN“, erzählt Thomas. „Wer nimmt mich denn noch?“ Der Arbeitsmarkt sei eng, die umliegenden Betriebe könnten nie und nimmer alle Mitarbeiter*innen beschäftigen. „Wenn MAN zusperrt“, so Manfred, „ziehen auch die Kinder weg. Was heißt das für die Region?“

2.300 Arbeitsplätze bei MAN und 5.000 bis 6.000 bei Zulieferbetrieben könnten in der Region Steyr betroffen sein.

„Da passt so viel nicht zusammen“, schüttelt auch Christoph den Kopf. „Der Konzern sagt, er muss sparen, und gleichzeitig schüttet er hohe Dividenden an Aktionäre aus.“ Erst kürzlich wurde Leihpersonal aufgenommen, um die vielen Aufträge zu stemmen. „Wir haben letztes Jahr nicht nur Überstunden gemacht, wir haben sogar freiwillig unseren Betriebsurlaub um eine Woche verkürzt, um Lieferzeiten einzuhalten“, erinnert sich Thomas. „Wenn uns der Betrieb gebraucht hat, waren wir immer da.“ Die meisten Beschäftigten arbeiten seit Jahrzehnten hier, wie schon ihre Eltern und Großeltern. Von klein auf hat es geheißen: „Wennst zu MAN gehst, hast einen sicheren Arbeitsplatz.“ Dass in den letzten Jahren einiges besser hätte laufen können, ist auch den Mitarbeiter*innen nicht entgangen: „Wir haben mal ein Konzept ausgearbeitet, wie wir effizienter produzieren könnten. In München waren sie nicht erfreut über unsere Initiative. Ob wir ihnen etwa erklären wollen, wie sie arbeiten sollen, hat es dann geheißen.“ Damit war die Sache gegessen.

5.000 Arbeitsplätze wackeln

Auf dem Spiel stehen nicht nur die 2.300 Arbeitsplätze bei MAN. Unmittelbar am Werk hängen viele Zulieferbetriebe und die regionale Wirtschaft. 5.000 bis 6.000 Menschen könnten von der Schließung betroffen sein. An der Zufahrt zu MAN liegt die Pizzeria Mido von Gabriela Daaboul. Bei Schichtwechsel macht sie

Für Gabriela Daaboul von der Pizzeria Mido wäre eine Schließung ein großer Verlust, menschlich und wirtschaftlich. Allein für MAN schiebt sie 100 bis 200 Pizzen pro Woche in den Holzofen.

80 Prozent der Beschäftigten sind Facharbeiter*innen. Sie hätten das Know-how für zukunftsfähige Lösungen.

ihr Hauptgeschäft. „80 Prozent meiner Kund*innen kommen von MAN“, sagt Gabriela. Wöchentlich werden 100 bis 200 Pizzen allein für MAN in den Holzofen geschoben. Für sie hätte eine Schließung unmittelbare Folgen.

Ein paar Meter weiter betreibt Patrick Lederer eine Trafik. Seit sieben Jahren leitet der 29-Jährige das Geschäft. Die Beschäftigten sind ihm ans Herz gewachsen. „MAN, das ist wie eine zweite Familie für mich.“ Kurz nach fünf Uhr morgens, vor Schichtbeginn, kommen die ersten Arbeiter*innen zu ihm. Die Stimmung sei momentan mies, das bekommt er natürlich mit. „Bei vielen geht es um die Existenz. Einige schlafen nachts nicht mehr, wissen nicht, wie sie zukünftig ihre Kredite zurückzahlen sollen. Wie kann man nur so ein Zugpferd schließen wollen?“ Dabei sind erst vor zwei Jahren 60 Millionen Euro in die größte Kunststofflackieranlage Europas bei MAN investiert worden – ein deutliches Signal nach außen, dass es fortschrittlich in die Zukunft geht. Für den Elektriker Andreas Tisch war die Inbetriebnahme der Anlage das bisher forderndste Projekt seit seiner Zusammenarbeit mit MAN. Seit über zwanzig Jahren gehen er und sein Team von EGB Steyr bei MAN ein und aus, warten die Maschinen, installieren Brandmelder und Zutrittskontrollen, versorgen das Unternehmen mit allen nötigen Elektroinstallationen. „Uns verbindet eine enge Partnerschaft“, so Tisch. Wenn MAN zusperrt, verliert auch EBG einen wichtigen Kunden.

„Wie kann man nur so ein Zugpferd schließen wollen?“

Patrick Lederer, Trafikant

Um 5 Uhr morgens sperrt Patrick Lederer seine Trafik neben dem MAN-Werk auf. Die Beschäftigten sind ihm ans Herz gewachsen. Er würde nicht nur viele Kund*innen verlieren, sondern auch Freunde.

Andreas Tisch und sein Team von EBG Steyr gehen seit Jahren bei MAN ein und aus. Im Fall einer Schließung würde ein wichtiger Geschäftsteil wegbrechen.

Klimafreundlich in die Zukunft fahren

Zurück zum Stadtplatz, wo das historische Rathaus thront. Hier verwaltet Bürgermeister Gerald Hackl seit elf Jahren die Geschäfte der Stadt. Der gebürtige Steyrer ist mit der Lkw-Produktion tief verwurzelt. Als Jugendlicher hat er hier in den Sommerferien gutes Geld verdient. Steyr ohne MAN, das will er sich gar nicht vorstellen. „Wir gehen davon aus, dass dieser Worst Case nicht eintreten wird." Hackl kämpft an der Seite der Betriebsrät*innen um den Erhalt des Werks. Gemeinsam mit 24 Bürgermeister*innen aus der Großregion hat er einen offenen Brief an den MAN-Vorstand verfasst und signalisiert: Wir sind bereit, MAN zu unterstützen. Der Standort habe immer schwarze Zahlen geschrieben, mit der E-Mobilität sei ein wichtiger erster Schritt gesetzt. „Wir sind für die Zukunft sehr gut aufgestellt. Ich bin überzeugt, dass Produktion und Entwicklung in Steyr eine Fortsetzung finden können und sollen."

Ende Oktober beginnen die Verhandlungen mit dem Vorstand. „Wenn er keine Einsicht zeigt", so Erich Schwarz, „verschärfen wir die Maßnahmen." Die Betriebsrät*innen von MAN Österreich und Deutschland fordern in einem offenen Brief an Ministerien und Abgeordnete ein Hilfsprogramm für die Entwicklung klimafreundlicher Antriebe. Wenn die Politik nicht rasch handle, finde die gesamte Entwicklung von Zukunftstechnologien ohne Österreich und Deutschland statt. „Die Politik muss sich festlegen, in welche Richtung es gehen soll: Brennstoffzellen, E-Antrieb oder effizienterer Dieselantrieb. Alles auf einmal geht nicht." Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen wäre nicht nur ein Versagen des Managements, sondern auch der Politik. Erich Schwarz und Thomas Kutsam kämpfen in der Zwischenzeit weiter – voller Zuversicht: „Wenn wer für die Zukunft bauen kann, dann wir in Steyr!" ◗

Front gegen ein Recht auf Arbeit

„Durch das Recht auf Arbeit könnte … eine verfassungsrechtliche Basis für Einrichtungen und Maßnahmen geschaffen werden, die es jedem Menschen ermöglichen, seinen Lebensunterhalt durch eine frei gewählte Beschäftigung zu verdienen."

Memorandum des Österreichischen Arbeiterkammertags (heute Bundesarbeitskammer) an die Bundesregierung 1979.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Im Jahr 1979 forderte auch der ÖGB-Bundeskongress, das Recht auf Arbeit in der Verfassung zu verankern. Es war kein Zufall, dass Arbeiterkammer und Gewerkschaft gerade in diesem Jahr die alte Forderung der Arbeitnehmer*innenvertretungen neuerlich in die politische Diskussion einbrachten. Im Nationalrat war die Entscheidung über eine Regierungsvorlage zur Anerkennung der beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen als durch die Verfassung garantierte Grundrechte kurz zuvor negativ ausgefallen, und man wollte sich damit nicht abfinden.

Hinsichtlich der Bedeutung des Pakts über die bürgerlichen und politischen Rechte herrschte im Parlament zwar Einigkeit, keineswegs aber hinsichtlich des Pakts über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, des „Weltsozialpakts", der unter anderem das Recht auf Arbeit enthält. Schon bei der Vorbereitung der österreichischen Verfassung war 1920 der Versuch, es als Grundrecht zu verankern, am Widerstand der Vorläuferparteien von ÖVP und FPÖ und der Unternehmervertretungen gescheitert, und in der Zweiten Republik blieben die Positionen unverändert. Aus ihrer Sicht bedeutete ein durch die Verfassung zuerkanntes Recht auf Arbeit einen unzulässigen Eingriff in die Marktfreiheit und in den freien Arbeitsvertrag, während die sozialdemokratischen Abgeordneten die Diskriminierung des „Weltsozialpakts" gegenüber den bürgerlichen und politischen Rechten nicht hinnehmen wollten. Als Kompromiss wurden beide UN-Pakte ohne Verfassungsrang beschlossen. 1983 scheiterte eine letzte Initiative von AK und ÖGB, daran etwas zu ändern. Aber immerhin ist seit 1978 ein Gesetz in Kraft, das das Recht auf Arbeit zuerkennt.

Gegen die hohe Arbeitslosigkeit Anfang der 195Oer Jahre forderte der ÖGB eine Politik, die auf Vollbeschäftigung abzielte. Arbeit als Grundrecht würde die Hinnahme von Arbeitslosigkeit erschweren.

© ÖGB-Plakatarchiv

Wer zahlt, schafft an

Hunderttausende Anträge zur Kurzarbeit, Abrechnungen, ein Rekordanstieg an Beratungen: Das Arbeitsmarktservice gehört zu den wichtigsten Playern der Krisenbewältigung. Für den Fall, dass die Gesundheitskrise nicht im Frühjahr 2021 bewältigt wird, gibt es keine Vorbereitung, mahnt AMS-Chef Herbert Buchinger.

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL

Reichen die Mittel des AMS in der größten Krise des Arbeitsmarkts in der Zweiten Republik? Das hänge von der Erwartungshaltung ab, meint AMS-Chef Herbert Buchinger diplomatisch.

„Es war auffällig, dass bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise die Sozialpartner die ersten Ansprechpartner der Regierung waren.“

HERBERT BUCHINGER
AMS-VORSTAND
Der Jurist Herbert Buchinger machte nach seiner Gerichtspraxis am Kreis- und Bezirksgericht Wels 1985 schnell Karriere: Mit Zwischenstationen am Landesarbeitsamt Oberösterreich als Sachbearbeiter über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Abteilungsleiter wurde er nur neun Jahre später zum AMS-Vorstandsvorsitzenden bestellt.

In einer verkehrsberuhigten Seitenstraße im 20. Wiener Gemeindebezirk residiert das AMS Österreich in einem bescheidenen Bürohaus. Maske ist – wie üblich – Pflicht, und manchmal sind sie die einzigen Farbtupfer auf den kahlen Gängen. Wir treffen AMS-Vorstand Herbert Buchinger äußerst gut gelaunt und geduldig, während wir noch die letzten Vorbereitungen für unser Videointerview abschließen.

Buchinger ist der zurückhaltende der beiden obersten Köpfe des AMS. In der Öffentlichkeit wesentlich präsenter ist sein Vorstandskollege Johannes Kopf, der sich aber gerade in den vergangenen Monaten von Buchinger krankheitsbedingt vertreten lassen musste. So lag es allein am Juristen Buchinger, das AMS durch seine größte Bewährungsprobe zu führen.

Arbeit&Wirtschaft: Sie haben im März und im April die Kurzarbeit federführend mitverhandelt. Wie blicken Sie jetzt auf diese Zeit zurück?
Herbert Buchinger: Mich wundert, dass wir das bewältigt haben. Zum Zeitpunkt, als die Kurzarbeit verhandelt wurde, hat niemand damit gerechnet, dass wirklich beinahe 110.000 Betriebe Anträge stellen werden und wir am Höhepunkt 1,3 Millionen Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet hatten. Aber wir haben es geschafft, Gott sei Dank.

Das AMS stand klarerweise im Zentrum des Geschehens. Aber die Sozialpartnerschaft war plötzlich auch wieder gefragt.
Es war auffällig, dass bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise die Sozialpartner die ersten Ansprechpartner der Regierung waren. Im Wesentlichen wurde das Kurzarbeitsmodell, das dann umgesetzt wurde, von den Sozialpartnern entwickelt. Das Ergebnis hat die Regierung beinahe eins zu eins übernommen.

Wie hat sich der Beratungsalltag im AMS verändert – in Anbetracht der Infektionsgefahr und der Rekordarbeitslosigkeit?
Mit dem Lockdown konnten wir bis Anfang Mai Kund*innen gar nicht mehr zu persönlichen Gesprächen einladen. Wir mussten alles auf die elektronischen Kanäle und das Telefon verlagern. Wir haben das auch nach dem Lockdown großteils beibehalten, weil ja immer noch Ansteckungsrisiken bestehen. Gerade jetzt, wo die Fallzahlen steigen,

In einer Urabstimmung sprachen sich 96 Prozent der Mitarbeiter*innen für Kampfmaßnahmen aus. Buchinger verweist auf die Bundesregierung: „Will sie mehr Leistungen, muss sie das auch bezahlen."

haben wir die persönlichen Kontakte wieder auf ein Minimum reduziert.

Können Sie das an Zahlen festmachen?
Heute haben wir viel mehr Beratungsgespräche als 2018 oder 2019 – nur viel weniger persönliche. Und auch nicht so intensiv, denn am Telefon fasst man sich eben kürzer. In den vergangenen beiden Jahren hatten wir die Faustregel: 90 Prozent der Kundenkontakte persönlich, 10 Prozent per Telefon oder per E-Mail. Jetzt ist es genau umgekehrt.

Wie viel Zeit haben Berater*innen für einen Termin zur Verfügung?
Unsere Personalbedarfsrechnung geht von dreißig Minuten Beratungszeit pro Kund*in pro Monat aus. Das gelingt derzeit nicht – jetzt sind wir bei 15 bis 20 Minuten pro Monat.

Markus Marterbauer, der Chefökonom der Arbeiterkammer, hat gemeint, es bräuchte eigentlich zu den 500 Stellen, die es im AMS mehr geben soll, noch mindestens 250 weitere. Ist das AMS wirklich gut genug aufgestellt zur Bewältigung der Krise?
Es kommt darauf an, was man sich erwartet, was die Ziele sind. Studien des WIFO haben gezeigt, dass sich durch intensivere Betreuung mit kürzeren Kontaktintervallen und längeren Beratungsgesprächen die individuellen Episoden der Arbeitslosigkeit verkürzen lassen. Das kostet aber zusätzlichen Personalaufwand. Ich würde sagen, das Arbeitsmarktservice ist trotz gestiegener Arbeitslosenzahlen und trotz mehr Aufgaben in der Krise funktionsfähig. Aber damit sind wir noch nicht am Optimum, was Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsvermittlung leisten können.

Kritisiert wird ja auch, dass in diesen Zahlen 150 Dienststellen berücksichtigt sind, die eigentlich abgebaut werden hätten sollen, und weitere 100 externe Mitarbeiter*innen der Buchhaltungsagentur des Bundes, die die Kurzarbeit abrechnen …
Das stimmt nicht ganz! Von den 150 wurde der Großteil der Beschäftigten – über 100 – in den vergangenen beiden Jahren bereits abgebaut. Also konnten wir da schon zusätzliche Leute aufnehmen – und jetzt noch 250 zusätzlich. Die Beschäftigten der Buchhaltungsagentur sind keine Planposten, das ist nicht unser Personal. Unterm Strich ist das aber teurer als eigenes Personal.

Die Personalsituation wurde doch auch intern sehr kritisch bewertet. Anfang September gab es eine Mitarbeiter*innen-Urabstimmung, bei der sich 96 Prozent für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ausgesprochen haben. Wie laufen die Gespräche mit dem Betriebsrat?
Der Betriebsrat hat seine Forderungen richtigerweise an die Regierung adressiert. Der Vorstand ist hier kein Verhandlungspartner, nur insoweit, dass sich der Betriebsrat mit uns abstimmt, ob er mit den Zahlen falsch oder richtig liegt. Der AMS-Vorstand schlägt darauf den errechneten Personalbedarf nur vor – formal beschließt das der Verwaltungsrat, und damit ist der Partner,

der zu überzeugen ist, die Bundesregierung. Will sie mehr Leistungen, muss sie das auch bezahlen.

Kommen wir zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Es gibt jetzt die Corona-Arbeitsstiftung, dotiert mit 700 Millionen Euro. Ganz laienhaft gefragt: Was ist das genau für eine Konstruktion und warum braucht es dazu eine Stiftung?
Stiftung ist da nur ein Wort. Im Wesentlichen ist es ein breit angelegtes Qualifizierungsprogramm mit dem Ziel, in den Aufschwung hinein – der für nächstes Jahr erwartet wird – Arbeitslose zu qualifizieren. Damit sollen neue Arbeitsplätze überwiegend mit inländischen Arbeitsuchenden besetzt werden. Es soll nicht wieder das passieren, was nach der Krise 2008/09 passiert ist. Da wurde der überwiegende Teil der Arbeitsplätze mit EU-Ausländer*innen und Personen aus EU-Drittstaaten besetzt.

Wird darin auch Strukturwandel berücksichtigt? Wenn wir an die Pflege denken, wo wir in Zukunft einen hohen Bedarf haben werden, an den Klimaschutz oder die Digitalisierung?
Wir orientieren uns an der konkret vorhandenen und entstehenden Arbeitskräftenachfrage – auch und vor allem in ganz traditionellen Bereichen. Metall, Elektro zum Beispiel, wo die traditionelle österreichische Industrie ihren Schwerpunkt hat.

Zwei Gruppen haben auf dem Arbeitsmarkt besondere Schwierigkeiten: junge Menschen und Langzeitbeschäftigungslose. Wie wollen Sie hier gegensteuern?
Wir führen gerade eine Diskussion, wie man die Arbeitsmarktpolitik jetzt gestalten sollte. Es gibt einige Hinweise, dass wir eigentlich auch ein Beschäftigungsförderungsprogramm brauchen würden, in erster Linie für die Älteren. Man hat sich aber eben für das Qualifizierungsprogramm entschieden. Das wird auch von der Opposition kritisiert.

Ein Beschäftigungsprogramm und ein Qualifizierungsprogramm gleichzeitig ist nämlich schwer zu managen, wenn man beschränkte Ressourcen hat. Beides erfordert schließlich nicht nur Geldmittel, sondern auch eine Personalaufstockung. In einem bescheidenen Ausmaß wird die Corona-Arbeitsstiftung allerdings auch Beschäftigungsförderung umfassen.

„Die Prognosen gehen davon aus, dass die Gesundheitskrise im ersten Quartal 2021 bewältigt wird."

Herbert Buchinger
AMS-Vorstand

Für Jugendliche gibt es nach wie vor die Ausbildungsgarantie, das Budget dafür wurde allerdings im vergangenen Jahr gestrichen. Wie soll das funktionieren?
Es wurde nur die Zweckbindung aufgehoben. Ich kann mich noch sehr gut an das Jahr 2018 erinnern: Ursprünglich hätte die Ausbildungsgarantie wirklich weggekürzt werden sollen. Dann wurde allerdings nachgebessert, und unter dem Strich wurde dann gar nicht so viel weniger budgetiert.

In einer „aktuellen Aussprache" im Parlament haben Sie gesagt, wenn das für das nächste Jahr prognostizierte Wirtschaftswachstum von 4,5 bis 5,5 Prozent ausbliebe, komme es zu größeren Problemen. Was kann da denn noch auf uns zukommen?
Das sind eben die Prognoserisiken. Die Prognosen gehen davon aus, dass die Gesundheitskrise im ersten Quartal 2021 bewältigt wird – entweder durch eine wirksame Behandlungsmethode oder einen Impfstoff. Ist beides nicht der Fall, prolongiert sich die Gesundheitskrise, vielleicht bis weit in das Jahr 2023 hinein. Es gibt keine wirkliche Vorbereitung auf eine prolongierte Krise, auf ein zweites Jahr der Rezession.

Vorausgesetzt, die Prognosen halten – wie schätzen Sie den Arbeitsmarkt im nächsten Jahr ein?
Dann wird die Beschäftigung aufgrund der hohen Wachstumsraten wieder steigen, die Arbeitslosigkeit wird sinken. Allerdings nicht auf Vorkrisenniveau, das wird noch ein, zwei Jahre länger dauern.

Wenn Sie sich drei arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aussuchen dürften, die Sie dem Finanzminister ins Budget schreiben könnten, welche wären das?
Mehr Personal für das Arbeitsmarktservice, mehr Geld für die Arbeitsmarktförderung und ein Konjunkturprogramm, das Betriebe dabei unterstützt, offensiv neue Märkte zu erschließen und damit Beschäftigung aufzubauen.

Momentan sind wir immer noch defensiv in der Krisenbewältigung und verhindern, dass Betriebe ihre Umsatzeinbrüche sozusagen mit dem Abbau von Beschäftigung ausgleichen. Dazu ist die Kurzarbeit kurzfristig sehr sinnvoll, aber mittelfristig brauchen wir andere Programme für einen Aufschwung. ◗

& ONLINE
Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

Verlorene Generation

Die Probleme, die für junge Menschen schon davor existierten, verschlimmerten sich durch die Krise. Trotz vielversprechender Konzepte hat die Regierung bis dato wenig dagegen unternommen. Bleibt die Jugend auf der Strecke?

TEXT LEO STEMPFL

I want you to panic. Die Worte einer 16-Jährigen gingen um die Welt. Doch sie passen auch jetzt. Denn in Österreich waren im September knapp 70.000 Jugendliche ohne Job. Existenzängste, Lehrstellenlücke, Depression. Den Staat kostet jede und jeder auf der Strecke Gebliebene im Jahr 9.000 Euro. Die „verlorene Generation" will gehört werden. Seht her, wir sind auch wichtig! Wir wollen arbeiten. Gebt uns eine Lehrstelle. Wir sind die Zukunft.

Jugendliche trifft es in der Krise als Erste. Mini-Jobs werden gestrichen. Die Gastronomie schließt. Veranstaltungen, die insbesondere am Wochenende flexible, unabhängige Arbeitstage ermöglichen, werden abgesagt. Lehrstellen können nicht ausgeschrieben werden, bereits zugesicherte Plätze werden gestrichen. Um solche Schicksale zu finden, reicht ein Blick in die sozialen Netzwerke.

Stille Katastrophe

Facebook. Die öffentliche Gruppe „Lehrstellen. Bewerbungen erwünscht." zählt 408 Mitglieder. Die eine Hälfte sind junge Menschen, die sich kurz und höflich vorstellen. Vielleicht kennt ja jemand jemanden. Die andere Hälfte: verzweifelte Eltern. Der neueste Eintrag stammt von einer Mutter, die hier die letzte Möglichkeit sieht, Hilfe zu bekommen. Sie schildert im privaten Gespräch die Lage ihres Sohnes. Pascal wird im Oktober 19 und bestreitet den Ausbildungsweg zum Bürokaufmann. Nach einem ersten turbulenten Lehrjahr im Betrieb wird sein Vertrag gekündigt. Er ist nicht der Einzige, auch andere Lehrlinge müssen gehen. Einen konkreten Grund erfahren sie nicht.

Seitdem schreibt er Bewerbung um Bewerbung, aber „die Firmen melden sich einfach nicht, nicht mal für eine Absage, er ist schön langsam am Verzweifeln, weil ihm keiner eine Chance gibt", so die Mutter. Es sei nicht leicht, eine Firma zu finden, die jemanden im zweiten Lehrjahr aufnimmt. Viele suchen sogar schon für September 2021. „Er hat Angst, nichts mehr zu bekommen und seine Ausbildung nicht abschließen zu können. Es deprimiert ihn sehr."

„Beim aktuellen Lehrlingsbonus ist es besonders paradox, dass dieses Geld rückwirkend bis März ausgezahlt wird."

Dennis Tamesberger
Arbeitsmarktexperte AK OÖ

Besorgten Eltern und frustrierten Lehrlingen ist es egal, wenn ÖVP-Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck sagt: „Der Lehrlingsbonus wirkt." Die Dienstjüngsten trifft es trotzdem zuerst. Auch wenn einige Minister*innen sich schulterklopfend ein erfolgreiches Verhindern des Worst Case bescheinigen. „Man sollte aber nicht den Tag vor dem Abend loben!", sagt Arbeitsmarktexperte Dennis Tamesberger von der AK Oberösterreich. „Beim aktuellen Lehrlingsbonus ist es besonders paradox, dass dieses Geld rückwirkend bis März ausgezahlt wird. Das kann nicht zu neuen Lehrstellen führen." Auch große Unternehmen, wie Interspar oder Voestalpine, haben Anspruch auf diese 2.000 Euro. Für kleine Unternehmen beträgt der Bonus immerhin 2.500 Euro, sogenannte Kleinstunternehmen erhalten 3.000 Euro.

„Gut in der Idee, schlecht in der Ausführung", findet auch Bundesjugendsekretär Christian Hofmann. „Ich schenk jedem Unternehmen einfach mal Geld", sei keine Strategie, es fehle dabei an Steuerungseffekten. Es fehlt das Paket. „Als Unternehmen habe ich im Moment die Qual der Wahl", so Hofmann weiter. Betriebe können sich wegen des Überangebots momentan in vielen Bereichen gezielt jene Leute rauspicken,

die sie haben wollen. Der Arbeitsmarkt erhole sich zwar langsam, aber doch stetig, wie auch Daten des Arbeitsmarktservice zeigen. Im September war es erstmals der Fall, dass wieder mehr Lehrstellen verfügbar (8.805) als Lehrstellensuchende (8.406) gemeldet waren. Doch was sind das für Lehrstellen – und wie kann es sein, dass diese gar nicht besetzt sind?

„Auffallend war im September, dass die Anzahl der nicht sofort verfügbaren Lehrstellen großteils auf ‚sofort verfügbar' gestellt wurden. Das ist nicht plausibel", so Tamesberger, „die offenen Lehrstellen sind mit hohen Unsicherheiten behaftet." Die Zahlen seien hier in gewisser Weise irreführend und blendeten ein riesiges Lehrlingspotenzial aus. In Österreich gibt es etwa 10.000 Jugendliche, die gerade eine überbetriebliche Lehrausbildung machen. „Die sind per Definition lehrstellensuchend, werden von der Statistik aber nicht erfasst." Man müsse daher auch Jugendliche unter 19 Jahren und ohne Berufsausbildung, die arbeitslos oder in Schulung sind, berücksichtigen. „Demnach bewegt sich das gesamte Lehrlingspotenzial bei rund 25.000 Jugendlichen, und so gerechnet fehlen dann tatsächlich rund 14.000 Lehrstellen."

Sollen sie halt umziehen

Um die laut AMS verfügbaren 8.800 Lehrstellen zu besetzen, stellte Arbeitsministerin Christine Aschbacher (ÖVP) zwölf Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel sollen von Lehrstellensuchenden für die Übersiedlung und Wohnungssuche am Arbeitsstandort genutzt werden. Wer flexibel und mobil sei, finde leichter eine Lehrstelle, so Aschbacher. „Die befürchtete Lehrstellenlücke ist nicht eingetreten. 34 Prozent der Unternehmen tun sich aber noch immer schwer, geeignete Lehrlinge zu finden", ergänzte Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer fast schon zynisch. Doch Jugendliche sollten bei der Wahl ihres Lehrberufes nicht die eigenen Interessen völlig außen vor lassen müssen.

Der im Oktober auslaufende Lehrlingsbonus und der Mobilitätszuschuss sind die einzigen konkreten Maßnahmen, die die Regierung über den Sommer ergriffen hat. Dazu kommt noch der PR-Gag einer „Task-Force" der Regierung, die bereits im Juni angekündigt wurde und 1.000 Lehrlingen eine Chance auf den Abschluss geben sollte. „In Wirklichkeit ist da halt nie was passiert in dieser Task-Force", berichtet Susanne Hofer, Bundesvorsitzende der Gewerkschaftsjugend, in Bezug auf eine parlamentarische Anfrage. „Meiner Ansicht nach verschlimmern sich eigentlich alle Probleme, die es für junge Leute schon davor gegeben hat, durch die Krise noch mehr." Insbesondere bei klassischen Frauenberufen, etwa im Textilhandel, „sind Lehrstellen abgebaut worden". Einer Studie zufolge wirken sich solche Erfahrungen auf das gesamte spätere Leben aus. Je nach Dauer und Umständen entgehen jungen Langzeitarbeitslosen, auf das gesamte Erwerbsleben gerechnet, bis zu acht Prozent ihrer Einkünfte.

Kurzarbeit und Überbetrieblichkeit

Also was kann der Staat tun? „Die wichtigste Maßnahme war die Kurzarbeit", findet Tamesberger von der AK in Linz. Die Zahlen hätten nun gezeigt, dass im April 140.000 Jugendliche in Kurzarbeit waren. Ein Drittel davon war unter 19 Jahren, viele davon Lehrlinge. Durch die Übernahme von 100 Prozent der Entschädigung dürften unzählige Lehrstellen gesichert worden sein. Für die Zukunft wisse man deswegen, dass alle Maßnahmen die Kurzarbeit betreffend auch direkte Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit haben. Trotzdem dürfe man dabei nicht die Ausweicheffekte

„Ich hab mit 14 auch nicht gewusst, dass es über 100 verschiedene Lehrberufe gibt.“

Susanne Hofer
Bundesvorsitzende der Gewerkschaftsjugend

vernachlässigen: „Ich gehe davon aus, dass sehr viele Jugendliche ins Schulsystem gewechselt sind, weil der Lehrstellenmarkt so schwierig ist.“ Erst am Ende des Jahres wird das mit Zahlen belegbar sein.

Eine weitere wichtige Maßnahme in Österreich ist der Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung. Diese wurde 1998 eingeführt, und zwar als lehrtechnisches Auffangnetz und Ausbildungsgarantie für Jugendliche unter 18 Jahren. Lehrstellensuchende mit bildungstechnischen Defiziten sollten so aufholen. Dabei hatte sie nie den Anspruch, eine vollwertige Ausbildung zu sein, sondern sollte vielmehr eine „Alternative“ darstellen.

Für Betriebe in der Krise ein verlockendes Instrument, kritisiert der Österreichische Gewerkschaftsbund. Warum teuer und aufwendig Lehrlinge ausbilden, wenn sie ohnehin über das AMS aufgefangen und ausgebildet werden? Expert*innen berichten gar davon, dass Betriebe beklagen, keine Fachkräfte zu finden, obwohl sie selbst keine ausbilden. Jugendliche in den Ausbildungszentren hingegen schildern eine „Owezahrer“-Mentalität. Die Lehre sei entspannter, vermittle dafür aber auch weniger Inhalte. Geringer sei auch die Entlohnung. Im ersten und zweiten Lehrjahr 332 Euro, im dritten 768 Euro. 36 Prozent können nicht sagen, was sie bei der Lehrabschlussprüfung können müssen. Jeder Zweite, der den Absprung einmal geschafft hat, ist nach einem Jahr erneut arbeitslos.

Dabei wäre schon viel damit getan, die vergangenen Kürzungen rückgängig zu machen. Tamesberger fordert deswegen: „Die radikalen Beihilfenkürzungen von Türkis-Blau von 792 Euro auf 343 Euro für junge Erwachsene in überbetrieblichen Lehrausbildungen müssen zurückgenommen werden.“ Auch die starren Altersgrenzen von 18 Jahren bereiten Probleme. Zwar könne man auch mit 19 oder 20 noch eine überbetriebliche Lehrausbildung starten, aber „sehr viele Maßnahmen funktionieren nur bis zur Volljährigkeit“. Aus diesem Grund machen auch die 20- bis 24-Jährigen zwei Drittel der Jugendarbeitslosen aus. Tamesberger: „Das sind teilweise Maturant*innen, Lehrabsolvent*innen, die brauchen vor allem Jobs. Aber die gibt es derzeit nicht. Entsprechende Angebote sollten auch älteren Jugendlichen zur Verfügung stehen.“

In Wien beginnt’s

Als Auffangstelle für Lehrlinge der „Generation Corona“, wie Wiens Bürgermeister Michael Ludwig sagt, bieten sich vor allem öffentliche Betriebe an. Mit gutem Beispiel gehen hier etwa die Wiener Linien voran, die dieses Jahr um 16,5 Millionen Euro eine neue Lehrwerkstätte errichten. Dort werden dann 240 zusätzliche Lehrlinge ausgebildet. „Denn nichts ist schlimmer und demotivierender, als gleich zu Beginn seines Erwerbslebens mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu sein“, so Ludwig.

„Auch die Schule hätte schon viel früher in die Pflicht genommen werden müssen“, sagt Susanne Hofer von der Gewerkschaftsjugend. Die meisten drängten nach der Schule in dieselben drei, vier Lehrberufe. „Ich hab mit 14 auch nicht gewusst, dass es über 100 verschiedene Lehrberufe gibt.“ Mangelnde Informationsangebote an Schulen waren schon immer ein Problem und sind es auch heute noch. Der Ansatz müsste – schlägt sie vor – lauten: „Was gibt’s da eigentlich noch?“

Die Schaffung von mehr Jobs im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor wäre eine wirksame Maßnahme, finden Arbeitsmarktexperten. „Die Politik würde so auch das Signal aussenden, dass die Jugend gebraucht und niemand zurückgelassen wird“, sagt Dennis Tamesberger. Doch: „Wir versuchen, kämpferisch zu sein“, sagt Susanne Hofer. Und man hört, dass sie das so meint. ◗

Warum muss das Arbeitslosengeld erhöht werden?

© Ingo Pertramer

Weil Arbeitslose in der aktuellen Situation fast überhaupt keine Chance haben, einen neuen Job zu finden. Auf eine offene Stelle kommen mehr als fünf Arbeitsuchende. Und die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, das zeigt die in vielen Branchen anrollende Kündigungswelle. Sieben von zehn Menschen ohne Job beziehen im Monat Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe unter 1.000 Euro. Einerseits, weil die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld bei nur 55 Prozent liegt – ein im internationalen Vergleich relativ niedriger Wert. Andererseits, weil sie bereits vor ihrer Arbeitslosigkeit im Schnitt rund 500 Euro netto weniger im Monat verdienten als der österreichische Durchschnitt. Das ist nicht nur für die Betroffenen ein Problem, sondern auch für die Volkswirtschaft. Arbeitslose geben fast jeden zusätzlich verfügbaren Euro sofort wieder aus und stützen damit den Konsum. Ihnen mehr Geld in die Hand zu geben, würde nicht nur sie entlasten, sondern auch der Wirtschaft insgesamt helfen.

BARBARA BLAHA
GRÜNDERIN DES MOMENTUM INSTITUTS

Die Arbeitslosen vom Corona-Herbst

Arbeitslos zu sein war immer schon eine große Belastung. Doch jetzt zieht die Corona-Pandemie die vermutlich schwerste Wirtschaftskrise der Zweiten Republik nach sich und erschwert die Situation von Arbeitssuchenden noch mehr. Wir haben uns angesehen, wie drei Betroffene damit umgehen.

TEXT SEBASTIAN PANNY

Anna* möchte nichts sagen. Die 55-Jährige will nicht darüber reden, dass sie vor zehn Jahren ihre Position bei einer Tageszeitung wegen eines Burnouts und einer Lungenembolie verloren hat und seitdem zwischen Selbstständigkeit und Arbeitslosigkeit pendelt. Dass sie Anfang 2019 eine Stelle in dem kleinen Unternehmen einer Freundin annehmen konnte, die sich in Richtung Vollzeit entwickelte – und die dann wegen der Corona-Krise gestrichen wurde. Dass das Geld immer knapper wird und sie keine Perspektiven sieht. Über all das will sie nicht sprechen. Aber nicht, weil sie nicht möchte, dass ihre Geschichte erzählt wird. Anna hat Angst, dass sie bei diesem Gespräch in Tränen ausbricht – zu sehr belastet sie ihre Situation. Daher schreibt sie lieber darüber.

„Vor einigen Wochen gab es noch manchmal Phasen, in denen ich aufgewacht bin und es allen zeigen wollte. Aber mittlerweile komme ich mir einfach lächerlich vor“, schreibt sie. Ihr Selbstvertrauen, davor schon angeknackst, ist nicht mehr vorhanden. Während der Krise zieht sie sich immer weiter zurück, im Sommer erkrankt sie noch dazu an Borreliose. Die soziale Isolation löst depressive Schübe bei ihr aus. Mittlerweile traut sie sich kaum noch, nach Stellen zu suchen. „Es wirkt alles so unwirklich. Man tut halt was, damit man sagen kann, dass man was tut.“ Die Krise ist wie eine Lupe, die all ihre Probleme und Sorgen vergrößert.

Anna ist damit nicht allein. Die letzten Monate waren mitbestimmt von Hiobsbotschaften über den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen stiegen zwischenzeitlich auf fast 600.000 Menschen an, die Anzahl der offenen Stellen sank auf einen Negativrekord, Unternehmen bauten mehr und mehr Stellen ab. Nach einem kurzen

„Ich wollte es allen zeigen. Aber mittlerweile komme ich mir einfach lächerlich vor", sagt Anna, die keinen Job findet.

Luftholen und einer leichten Erholung kommen nun schwierige Monate auf uns zu, Monate, in denen die Saisonarbeitslosigkeit dazukommt. Aber wie erleben die Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die Krise?

Verloren in der Negativspirale

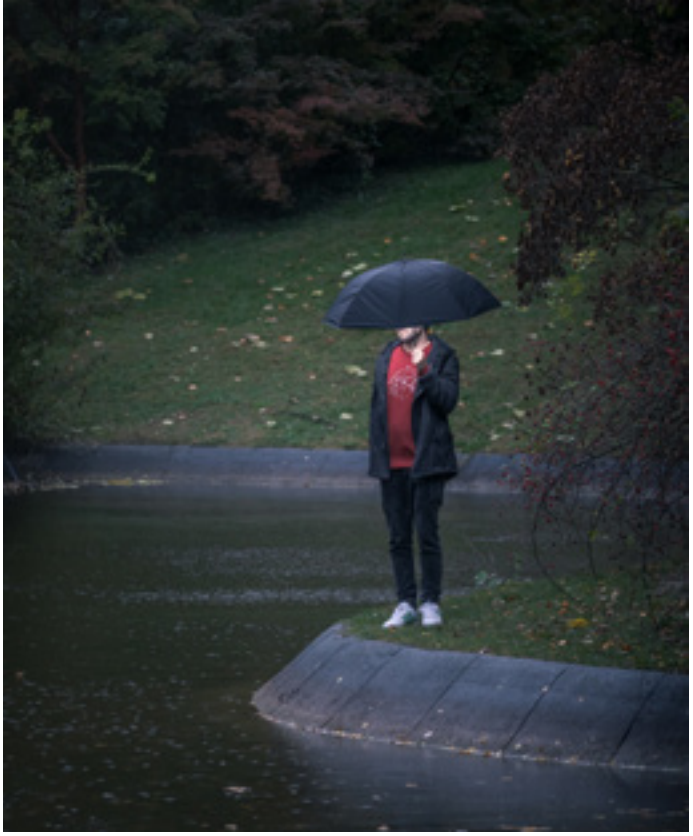
„Ich habe eigentlich schon gedacht, dass es einfacher ist." Zum ersten Mal in diesem Gespräch huscht ein Anflug von Unsicherheit über das Gesicht von Stefan*. Einen kurzen Moment wirkt der 28-Jährige verloren und verstummt. Er blickt hinunter auf die Tasse mit dem halb ausgetrunkenen Verlängerten. Neben ihm liegt sein Laptop, in dem seine Masterarbeit darauf wartet, vollendet zu werden. An den Tischen im phil, einer Mischung aus Bar, Kaffeehaus und Buchhandlung in der Wiener Innenstadt, sitzen junge Leute in Gruppen oder allein, die Dichte an MacBooks erreicht hier ein hohes Maß. Bevor die Geräuschkulisse des Lokals allzu dröhnend wird, setzt Stefan ein Lächeln auf und spricht weiter. „Mittlerweile bin ich wieder etwas zuversichtlicher. Vor einer Woche habe ich aber noch schwarzgesehen", sagt er.

Erst im August hatte er seine Stelle an der Universität für Bodenkultur verloren. Der gebürtige Niederösterreicher studierte dort Lebensmittel- und Biotechnologie und war seit fünf Jahren unter anderem als Labortechniker angestellt. Die finanziell prekäre Situation des Instituts wurde durch die Corona-Krise weiter verschärft. Dass sein Vertrag nicht verlängert wurde, kam für ihn nicht überraschend. „Es wurde auch offen kommuniziert. Aber an eine kleine Chance für eine Verlängerung habe ich trotzdem immer geglaubt", sagt Stefan. Daraus wurde nichts. Zum ersten Mal in seinem Leben ist er jetzt arbeitslos.

Sein Job passte nicht nur optisch zu Stefan. Er wirkt mit seinen zerzausten Haaren und dem Vollbart wie die noch nicht ergraute Version eines zerstreuten Professors. Sobald er von der Arbeit im Labor erzählt, schwingt auch eine kaum verhohlene Leidenschaft für den Wissenschaftsbetrieb mit, der ihm jetzt fehlt. „Während des Lockdowns konnte ich zumindest Gedankenspielen nachhängen, wie ich meine Versuche am besten und ausgeklügeltsten aufbaue. Und im Mai konnte ich auch wieder regelmäßig ins Labor fahren", sagt Stefan. Jetzt gibt es keinen Ort mehr, zu dem er in die Arbeit fahren kann.

Schlaflos

Er hat bald erkannt, wie bestimmend die Erwerbsarbeitslosigkeit ist – nicht nur für ihn selbst. „Es ist plötzlich immer Thema, wenn man wo hinkommt. In Gesprächen mit anderen ist ständig ein gewisser Unterton da", sagt Stefan. Eigentlich hatte er damit gerechnet, schnell wieder eine Anstellung zu finden. Schließlich hat er eine solide Ausbildung und etwas Erfahrung. Doch auf die etwa dreißig Bewerbungen, die er in dieser kurzen Zeit verschickt hatte, kam bis jetzt keine Antwort. Nur auf Nachfrage erfuhr er von Absagen. Seine finanzielle Situation wird schwieriger, doch Stefan weiß um seine Privilegien – wenn es notwendig wäre, könnte er seine Familie um Unterstützung bitten. Aber es ist auch sein psy-



chischer Zustand, der ihn belastet. Bis vor einem Jahr litt er unter Schlafstörungen, teilweise konnte er nicht mehr als zwei Stunden am Stück schlafen. Jetzt liegt er oft lange wach und merkt, wie sich die Sorgen ihren Weg bahnen und den Schlaf abwehren. Noch ist es nicht so schlimm wie damals, aber Stefan ist auch noch nicht lange erwerbsarbeitslos.

Träume von der Vergangenheit

Dass Arbeitslosigkeit Auswirkungen auf die psychische Gesundheit hat, musste auch Robert* erfahren. Im Februar dieses Jahres wurde eine schwere Depression bei ihm diagnostiziert. Im Café Tirolerhof in Wien, wo sogar die Spiegel mit Lustern behängt sind und die Kellner die Karten reichen, ohne die Gäste anzublicken, herrscht gedämpfte Ruhe. An den anderen Tischen sitzen ältere Herren, die Gesichter hinter Zeitungshaltern versteckt. Für Robert ist es auch ein Ort der Vergangenheit. Es war für den 59-Jährigen ein guter, zentral gelegener Treffpunkt. Damals, als es noch Treffen gab.

Äußerlich passt Robert gut in das Ambiente. Grau meliertes Haar, gebügeltes Hemd, dezente Armbanduhr. Ein Erscheinungsbild, das seine Vergangenheit widerspiegelt, nicht jedoch seine Gefühlslage. „Das Gefühl, nichts mehr zu können, geht einfach nicht weg. Ich versuche ja alles, aber mein Selbstbild bröckelt immer mehr“, sagt Robert. Während er von seiner Lage erzählt, wirkt es, als würde jemand gewaltsam seine Schultern zu Boden drücken.

Robert, gebürtiger Steirer, konnte bis vor etwa neun Jahren ohne größere Probleme die Karriereleiter erklimmen. Er wurde als Quereinsteiger Pharmareferent und stieg bis zum Geschäftsführer für 15 Länder auf. Dort hielt er sich einige Zeit, doch irgendwann kam der nächste Merger und seine Position war weg. Es folgte eine kurze Anstellung und ein Ausflug in die Selbstständigkeit, der kra-

„Das Gefühl, nichts mehr zu können, geht einfach nicht weg. Mein Selbstbild bröckelt immer mehr“, sagt Robert.

chend scheiterte. Seit 2018 ist er durchgehend arbeitslos. Robert glaubt nicht daran, noch eine Arbeit zu finden. „Beim AMS haben sie gleich gesagt, dass sie nichts für mich tun können. Kurse bekomme ich keine mehr bezahlt, auch nicht, wenn ich etwas vorschlage“, sagt Robert. Um die 300 Bewerbungen hat er schon geschrieben. Auf die Hälfte bekommt er nicht einmal eine Antwort. Zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wurde er noch nie.

Der erste Lockdown war für ihn fast positiv. „Ich bin wohl besser im Krisenmanagement als im Alltag“, sagt Robert. Doch der

> *„Ich will nicht um jeden Preis irgendeine Stelle annehmen, nur um etwas zu machen.“*
>
> Robert*

Alltag holte ihn bald wieder ein. Wenn er nicht gerade seine Frau in ihrem Geschäft unterstützt oder sich um seine sechsjährige Tochter kümmert, hat er genug Zeit, um sich über seine Situation den Kopf zu zerbrechen. Im Moment ist er wegen seiner Depression nicht aktiv auf Arbeitssuche, nach Stellen hält er trotzdem Ausschau. Perspektiven sieht er keine. „Ich weiß, dass es nach dem nächsten Lockdown nicht besser wird. Es wird noch weniger Jobs geben, und die Anforderungen werden noch höher sein.“

Bedingungsloses Grundeinkommen

Er hat aber jetzt schon Angst vor dem Druck, den das AMS auf ihn ausüben wird. Dabei will er vor allem eines: etwas Sinnvolles leisten. „Ich will nicht um jeden Preis irgendeine Stelle annehmen, nur um etwas zu machen.“ Von der Politik würde er sich wünschen, dass sie ihn nicht nur als „nutzloses Gesindel“ betrachtet. Sie soll Rahmenbedingungen schaffen, um Menschen wie ihm zu ermöglichen, etwas zu tun, was für ihn und für andere sinnvoll ist. „Die Zeit für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist jetzt da“, sagt Robert.

Anna ist derselben Meinung. Auch sie sieht darin eine Möglichkeit, den Menschen eine Last zu nehmen und ihnen zu Sinn und Zweck zu verhelfen. „Es ist nicht lustig, immer nur im Kreis herumzulaufen und dabei deppert zu werden“, sagt sie. Schlussendlich hat sich Anna dann übrigens doch noch zu einem Gespräch bereit erklärt. Das Niederschreiben habe ihr geholfen, einen distanzierteren Blick auf die letzten zehn Jahre zu bekommen, meint sie. Der Blick nach vorne bleibt ernüchternd. „Es ist einfach keine Perspektive vorhanden. Und Corona vervielfacht dieses Gefühl noch“, sagt Anna. Weinen musste sie bei unserem Gespräch nicht. ◗

* alle Namen geändert.

DREI FRAGEN ZUM THEMA

Simon Theurl ist Referent der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien sowie Lektor an der FH des BFI Wien. Er geht in seiner Arbeit unter anderem der Frage nach, wie sich die Corona-Krise aktuell auf die Situation von Arbeitssuchenden auswirkt.

Herr Theurl, was sind die größten Herausforderungen für Arbeitssuchende in der jetzigen Situation?

Vor allem für Menschen aus Branchen, die stark unter der Krise leiden, stellt sich erst mal die Frage nach der Einkommenssicherung. Wie können sie diese Zeit übertauchen? Die nächste Frage, die sich stellt, ist, welche Möglichkeiten es zur beruflichen Umorientierung in dieser Zeit geben wird, denn diese Krise ist auch ein Katalysator für den Strukturwandel, der aktuell im Industriebereich stattfindet.

Wie wird sich die Krise denn sonst noch auf den Arbeitsmarkt auswirken?

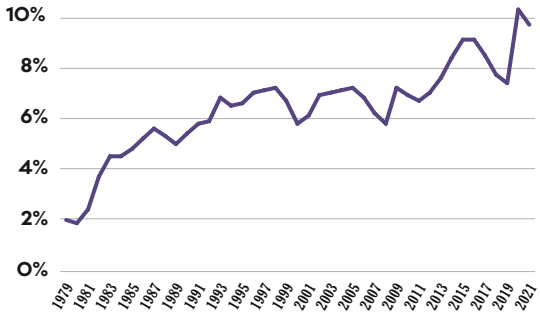
In absehbarer Zeit wird sich die Situation nicht verbessern. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt aktuell immer weiter, bei den Jugendlichen sind einige weniger in Lehrstellen gekommen, als sie gesucht haben – hier besteht die Gefahr einer verlorenen Corona-Generation. Und die Arbeitslosenzahlen werden sich generell auf einem höheren Niveau einpendeln.

Was kann man denn machen, um dem entgegenzuwirken?

Wir werden schauen müssen, wie man die vorhandene Arbeit besser verteilt. Gleichzeitig muss es aber auch Förderung und Schaffung von neuen Jobs geben. Aktionen wie die aktuelle Bildungsoffensive sind zwar gut, greifen aber zu kurz. Gerade größere Thematiken, wie etwa die Klimakrise, müssen bei Maßnahmen mitbedacht werden. Ich sehe hier einfach kein Gesamtkonzept, wie man dem begegnen will. Gleichzeitig sieht man hier aktuell auch ganz klar ein Versagen des Marktes – der Staat muss einfach wieder mehr als ökonomischer Akteur auftreten.

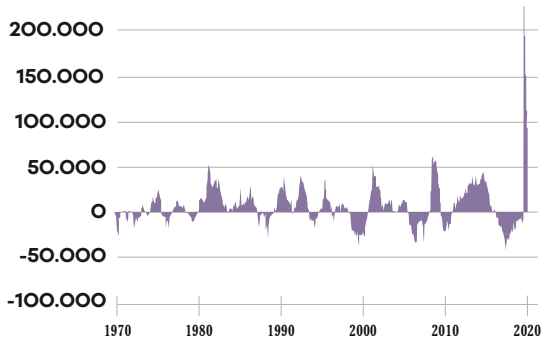
Wie sich die Arbeits

Arbeitslosenquote Österreich



Quelle: AMS 1979-2019,
Prognose 2020/21 von Synthesis.

Veränderung der Arbeitslosenzahl zum Vorjahresmonat



Quelle: OeNB, AMS, Berechnung AK

Direkt aus einer Phase der Hochko
Wirtschaft in die Corona-Pandemie
Die Kurzarbeit hat die Folgen der u
Trotzdem droht sich Arbeitslosig
verfestigen – gerade Personer
und damit von

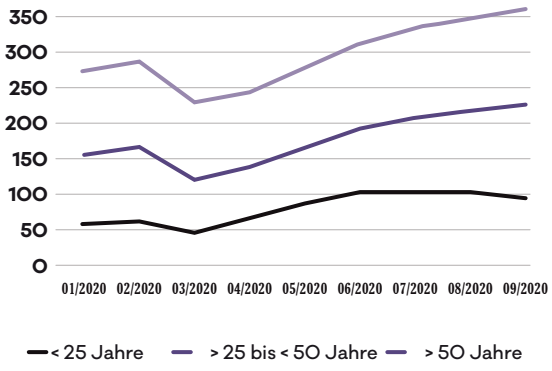
Seit der Aufgabe der Vollbeschäftigungspolitik Ende der 197Oer-Jahre steigt die Arbeitslosigkeit kontinuierlich. Auch in wirtschaftlich guten Zeiten ist es nicht mehr gelungen, die Arbeitslosigkeit in dem Maß zu verringern, wie sie zuvor gestiegen ist. Heuer findet sie ihren bisherigen Höhepunkt.

Die Veränderung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat zeigt eindruckvoll: Seit 2015, in einer Phase der Hochkonjunktur, ging die Arbeitslosigkeit zurück, durch den Lockdown ab Mitte März kam es zu einem bis dahin nie da gewesenen Rekordanstieg.

losigkeit verfestigt

njunktur stürzte die österreichische
– und damit auch der Arbeitsmarkt.
nmittelbaren Rezession abgefangen.
gkeit auf einem hohen Niveau zu
n im Alter 50+ sind betroffen
Armut bedroht.

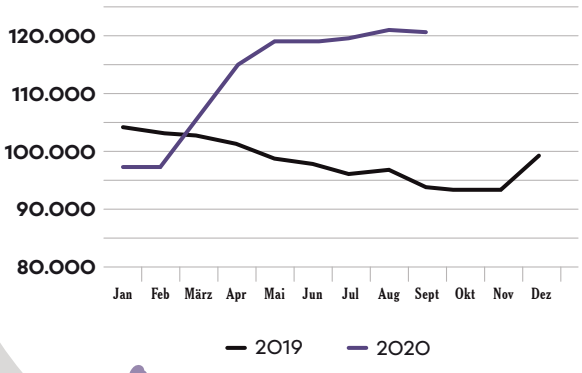
Entwicklung der Vormerkdauer (in Tagen)



Quelle: BMAFJ, BaliWeb

Die Vormerkdauer, also die Anzahl der Tage, bis Arbeitslose wieder eine Beschäftigung finden, steigt seit Mitte März an – eine Entspannung ist nur bei den Jüngeren zu beobachten. Gerade Personen im Alter 50+ drohen in die Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten.

Langzeitbeschäftigungslosigkeit 2019 und 2020



Quelle: AMS

Die Langzeitarbeitslosigkeit, schon vor Corona auf einem hohen Niveau, wird steigen: Wer bereits arbeitslos war, findet schwieriger eine neue Beschäftigung. Wer seit März arbeitslos wurde, gilt noch nicht als langzeitarbeitslos, sondern per Definition erst nach einem Jahr.

Illustrationen: Miriam Mone, Infografiken: Thomas Jarmer

Fit für den Aufschwung

Österreich kämpft mit dem stärksten Rückgang der Beschäftigung seit 70 Jahren. WIFO-Ökonomin Ulrike Huemer analysiert: Arbeiter*innen sind stärker betroffen. Qualifizierungsmaßnahmen müssen jetzt ausgebaut werden – um uns fit für den Aufschwung zu machen.

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL

ULRIKE HUEMER
ÖKONOMIN WIFO
Ulrike Huemer arbeitet seit 2001 im Forschungsbereich Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Sicherheit. Sie befasst sich mit der strukturellen Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, dem europäischen Vergleich der Arbeitsmarktperformance sowie der Prognose der Nachfrage nach Berufen und Qualifikationen.

Arbeit&Wirtschaft: Wir haben nun sieben Monate Corona-Krise hinter uns. Wie hat sich der Arbeitsmarkt in dieser Zeit ganz allgemein entwickelt?
Ulrike Huemer: Die COVID-19-Pandemie führte zu den stärksten Beschäftigungseinbußen seit 70 Jahren und verursachte einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dazu muss man sagen, dass die Kurzarbeit noch schlimmere Verwerfungen verhindern konnte, denn sie wurde massiv in Anspruch genommen. Zum Höhepunkt der Krise waren 1,37 Millionen Beschäftigte, im September dann noch 400.000 Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet.

Was sind Ihre Prognosen für das nächste Jahr?
Wir gehen davon aus, dass die Arbeitslosigkeit jetzt im Herbst und Winter saisonbedingt steigen wird. Für nächstes Jahr sehen wir zwar einen Arbeitslosigkeitsrückgang – aber wir werden nicht auf das Jahr 2019 herunterkommen, also nicht auf Vorkrisenniveau.

Die Krise trifft nicht alle gleich. Welche Gruppen sind mehr, welche weniger von Arbeitslosigkeit betroffen?
Was sehr auffällig war in dieser Krise: dass die Arbeiterinnen und Arbeiter massiv betroffen waren. Es gibt dagegen kaum Beschäftigungsrückgänge bei Angestellten, das hat sich wirklich sehr stark auf die Arbeiterinnen und Arbeiter konzentriert.

Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen sind Arbeiterinnen und Arbeiter sehr stark im Beherbergungs- und Gaststättenwesen beschäftigt, und das ist ein Bereich, der sehr hart getroffen wurde. Das Gleiche gilt für die Bauwirtschaft und für die Arbeitskräfteüberlassung. Das sind drei Branchen, die einen sehr hohen Arbeiterinnen- und Arbeiteranteil haben und die auch generell von einem sehr hohen Beschäftigungsumschlag gekennzeichnet sind. Zum anderen haben Arbeiterinnen und Arbeiter einen viel schwächeren Kündigungsschutz als Angestellte.

Unterschiede gibt es auch in den Altersgruppen – aus früheren Krisen wissen wir: Gerade junge Menschen sind besonders von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen. Warum eigentlich?
Junge Menschen in Beschäftigung gehören am Anfang zur Randbelegschaft. Wenn Beschäftigte freigesetzt werden, dann eher die jüngeren, weil sie weniger betriebsspezifisches Wissen haben. Möglicherweise ist

Arbeiter*innen sind deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Angestellte, diagnostiziert Huemer.

auch noch nicht in die Weiterbildung der jungen Mitarbeiter*innen investiert worden. Auch die Kündigungskosten sind mitunter geringer, weil die Kündigungsfristen kürzer sind. Dazu kommt: Wenn der Arbeitsmarkt angespannt ist und die Betriebe zurückhaltend bei der Neuaufnahme von Beschäftigten sind, ist es auch schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden.

Es wird schon – europaweit – von einer „verlorenen Generation" gesprochen. Wie können wir das verhindern?
Das muss man differenziert betrachten. Für Jugendliche, die eine Lehre machen, gibt es das etablierte Instrument der überbetrieblichen Lehrausbildung. Stellen die Betriebe zu wenige Lehrstellen zur Verfügung, kann so gegengesteuert werden. Dann gibt es Jugendliche, die mit ihrer Schulausbildung fertig sind. Da stellt sich die Frage, ob sie eine Ausbildung anschließen können, ob etwa ein Studium interessant ist. Bei den Studierenden selbst gibt es noch einmal eine andere Problematik, da ein nicht unbedeutender Anteil der Studierenden arbeiten muss, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Es wurde schon öfter kommentiert, dass Frauen jetzt in Rollenbilder der 60er-, 70er-Jahre zurückgeworfen werden, weil Schulen und Kindergärten geschlossen waren. Wie können wir das wieder umkehren?
Die Arbeit war bereits vor Corona ungleich verteilt. Diese Schieflage ist jetzt nicht neu, die hat sich möglicherweise verstärkt. Laut der Zeitverwendungserhebung, deren aktuellste Daten leider aus 2009 stammen, erledigen Frauen 63 Prozent der unbezahlten Arbeit – also von der Betreuung der Kinder und Angehörigen bis zum Haushalt. Männer übernehmen eben nur 37 Prozent. Und bei der bezahlten Erwerbsarbeit haben wir ebenfalls eine Ungleichverteilung, weil jede zweite Frau in Teilzeit arbeitet, aber nur jeder zehnte Mann. Will man in Richtung einer Gleichverteilung kommen, dann wird es wahrscheinlich notwendig sein, in der Phase der Kindererziehung die Erwerbsarbeitszeit der Männer an die der Frauen anzupassen – und nicht umgekehrt.

Höre ich da die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung heraus?
Ich würde sagen, es ist weniger die Frage einer generellen Arbeitszeitverkürzung, sondern einer branchenspezifischen, auf Ebene der Kollektivverträge. Weil die Rahmenbedingungen in den Branchen sehr unterschiedlich sind und auch die Einkommen, die bei Arbeitszeitthemen immer mitgedacht werden müssen. Beispielsweise findet die Freizeitoption in der Elektroindustrie eine sehr gute Resonanz. Da obliegt es den Beschäftigten, ob sie eine Lohnerhöhung haben wollen oder mehr Freizeit. Also ich glaube, es ist vernünftiger, sich Branchenmodelle zu überlegen als ein Modell für alle.

Zurück zu den besonders betroffenen Gruppen: Es ist auch bereits ein Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit zu beobachten.
Ich würde eher auf das Konzept der Langzeitbeschäftigungslosigkeit fokussieren. Langzeitbeschäftigungslos sind jene, die im Wesentlichen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Gemessen am Gesamtbestand an Arbeitslosen, sind es rund ein Drittel aller vorgemerkt Arbeitslosen – ein riesiger Anteil. Diese Gruppe wächst, weil ja bereits vor

„Meiner Meinung nach gibt es im öffentlichen Bereich teils eine sehr hohe Arbeitsbelastung.“

Ulrike Huemer, Ökonomin WIFO

der Krise Menschen arbeitslos waren, und die haben es jetzt natürlich noch schwerer, wieder in Beschäftigung zu gelangen.

Sollte da nicht eher früher als später der Staat eingreifen und seine Arbeitsmarktpolitik aktiver gestalten, als das bis jetzt der Fall war?
In der aktuellen Situation haben wir einen hohen Arbeitskräfteüberschuss. Ein geeignetes Instrument, um das Arbeitskräfteangebot zu reduzieren, ist, die Menschen zu qualifizieren. Sie werden sozusagen fit für den Aufschwung danach gemacht. Es gibt auch jetzt schon Bereiche, wo man Personalknappheit sieht – wenn man zum Beispiel an den Pflegebereich denkt. Genau da könnte man jetzt die Chance nützen und die Personen, die sich dafür interessieren und die dafür geeignet sind, entsprechend qualifizieren.

Arbeiterkammern und Gewerkschaften fordern vehement eine neue „Aktion 20.000“.
Meiner Meinung nach gibt es im öffentlichen Bereich teils eine sehr hohe Arbeitsbelastung. Da könnte die öffentliche Hand ihre Rolle als Dienstgeber wahrnehmen.

Arbeitslosigkeit bedeutet, dass die Betroffenen auf etwa die Hälfte ihrer Einkommen fallen. Damit steigt sofort die Armutsgefährdung. Wäre jetzt nicht ein guter Zeitpunkt, das Arbeitslosengeld zu erhöhen?
Im internationalen Vergleich ist das Arbeitslosengeld in Österreich mit 55 Prozent tatsächlich sehr niedrig. In der jetzigen Phase wurde es auch erhöht, es kam zu einer Einmalzahlung von 450 Euro. Da kann man darüber diskutieren, ob das viel ist oder wenig. Das ist letztlich eine politische Entscheidung. Was mir bei diesem Thema wichtig ist: dass man sich nicht einen Aspekt einzeln herausgreift. Die Arbeitslosenversicherung ist mit der Notstandshilfe und der bedarfsorientierten Mindestsicherung in ein soziales Sicherungsnetz eingebettet. Da sollte nicht allein an einem Rad gedreht werden.

Wenn Sie sich als Arbeitsmarktexpertin drei Maßnahmen aussuchen könnten, die jetzt sofort umgesetzt werden – welche wären das?
Ich würde erstens für die Jugendlichen das Angebot an überbetrieblichen Lehrstellen ausweiten, was ohnehin passiert. Zweitens finde ich den Bereich der Qualifizierung extrem wichtig. Und drittens würde ich Jobangebote schaffen, indem der Staat in beschäftigungsintensive, ökologisch nachhaltige Projekte investiert. Sei es im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich oder in der emissionsarmen Verkehrsinfrastruktur. In Anbetracht der Klimakrise hätten wir damit einen großen Nutzen. ◗

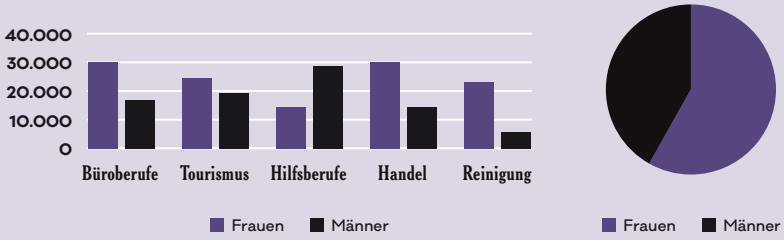
& ONLINE
Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

Frauen am Arbeitsmarkt

Die Corona-Krise hat Frauen besonders unter Druck gesetzt – nicht nur durch Mehrfachbelastungen wie Home-Schooling. Denn gerade Berufe mit hohem Frauenanteil sind stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

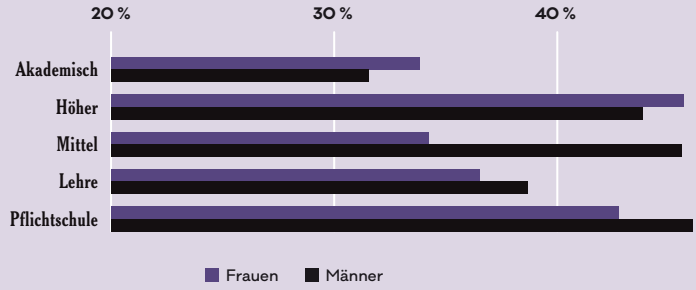
RECHERCHE MICHAEL MAZOHL

Arbeitslosigkeit in den fünf am meisten betroffenen Berufsgruppen



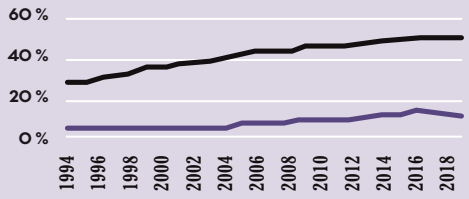
In den **fünf Berufsgruppen,** die am stärksten von der Corona-Arbeitslosigkeit betroffen sind, gibt es in vier Berufsgruppen weit mehr weibliche als männliche Arbeitslose. Tourismus/Gastgewerbe und Handel waren besonders von den Lockdown-Maßnahmen betroffen und werden sich wohl erst mittelfristig davon erholen.

Anstieg Arbeitslosigkeit nach Bildung

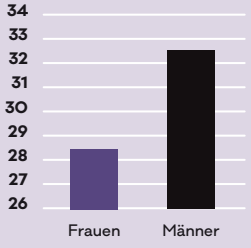


Die **Arbeitslosigkeit** ist unter höher gebildeten Frauen stärker angestiegen. Maßnahmen für die in der Corona-Pandemie arbeitslos gewordenen Menschen sollten auf diese Spezifika eingehen und branchenspezifische Lösungen bieten, gerade für bereits höher Qualifizierte, die oftmals Betreuungspflichten zu bewältigen haben.

Teilzeitquote



Durchschnittlicher Tagsatz (in €)



Der **Anteil der Frauen,** die teilzeitbeschäftigt sind, steigt seit den 90er-Jahren kontinuierlich. 2019 war beinahe jede zweite Frau in Teilzeitbeschäftigung. Das hat auch – gemeinsam mit anderen Faktoren – Einfluss auf die Höhe des Arbeitslosengelds, das bei Frauen im Durchschnitt pro Tag um 4 Euro geringer ist.

Die wertvolle zweite Chance

Frauenberufszentren wie das abz*austria helfen Frauen beim Wiedereinstieg nach der Karenz – so wie Margarita Guamán. Und das ist in Corona-Zeiten, wo Frauenarbeitslosigkeit höher als Männerarbeitslosigkeit ist, wichtiger denn je.

Margarita Guamán aus Ecuador macht gerade eine Ausbildung zur Diplom-Buchhalterin. Bis dahin war es ein langer Weg.

TEXT ANJA MELZER

Es ist ein kühler, herbstlicher Freitagmittag in Wien-Meidling. Eine kleine, dunkelhaarige Frau, in eine dicke Daunenjacke gehüllt, nimmt Platz auf einer Parkbank, während drum herum der Verkehr vorbeibrettert. In ihrem Gesicht: Stolz. Sie ist 36 Jahre alt, und es ist ihr dritter Ausbildungstag – gerade hat sie Mittagspause. Noch vor einem Jahr sah ihr Leben ganz anders aus.

Ursprünglich sollte es nur ein Jahr im Ausland werden, damals, als die junge BWL-Studentin Margarita Guamán Robalino, 36, in ihrem Heimatland Ecuador in ein Flugzeug nach Wien stieg, um hier als Au-pair-Mädchen zu arbeiten und nebenbei Deutsch zu lernen. Aus einem Jahr wurden dann 13. Heute spricht sie fast perfekt Deutsch. Eines hat ihr all die Jahre gefehlt: ein Job.

Als sie die Sprache gut genug beherrscht, unternimmt sie 2011 einen neuen Anlauf und schreibt sich an der Wiener Wirtschaftsuniversität ein, um ihr BWL-Studium fortzusetzen. „Das war ein Schock“, erzählt sie. Zwar wurden ihr direkt einige Prüfungen aus Ecuador anerkannt, auch fachlich kam sie mit, doch die Sprachhürden waren zu hoch – genau wie die Studiengebühren. Drittstaatsangehörige müssen in Österreich Studiengebühren zahlen. Um alles zu finanzieren, muss Margarita viel nebenher arbeiten. „Das Studium hätte ja zehn Jahre gedauert.“ Also schmeißt sie schweren Herzens hin. Jahre vergehen, sie heiratet, bekommt zwei Kinder. Zufrieden ist sie nicht.

„Ich wusste einfach nicht, was ich hier machen sollte“, erzählt sie. In ihrem Lebenslauf standen nur die Referenzen als jahrelange Babysitterin und Kindermädchen. „Ich wollte so sehr etwas tun“, sagt sie. Also hat sie sich irgendwann vor den PC gesetzt und angefangen zu recherchieren. So stieß sie vor genau einem Jahr auf das abz*austria, und alles nahm seinen Lauf.

Das Frauenberufszentrum abz*austria – die Buchstaben stehen für Arbeit, Bildung, Zukunft – ist ein Non-Profit-Unternehmen

und gleichzeitig das größte Frauenunternehmen Österreichs, es arbeitet eng mit dem AMS zusammen. 8.000 Frauen werden hier jährlich betreut und gecoacht – in ganz Österreich. Die Kursinhalte orientieren sich am beruflichen Wiedereinstieg und der Gleichstellung am Arbeitsmarkt. Seit Jahren fordert das abz*austria 50 Prozent des arbeitsmarktpolitischen Budgets für Frauenprojekte.

Aus der Statistik gerutscht

Wie wichtig solche Qualifizierungsstellen für Betroffene sind, zeigt sich nicht nur an der persönlichen Geschichte von Margarita Guamán, sondern besonders in der Corona-Krise. Die Zahlen zur Frauenarbeitslosigkeit sind historisch: Seit Langem wieder ist die Frauenarbeitslosigkeit in Österreich höher als die der Männer. Im Sommer waren – eine Zahl, bei der man sich setzen muss – 85 Prozent aller im Zuge der Corona-Krise Erwerbsarbeitslosen weiblich.

Manuela Vollmann gründete 1992 das abz*austria. Vor zehn Jahren stellte sie die Geschäftsführung auf eine Doppelspitze um, die sie sich mit Daniela Schallert teilt – sogenanntes „Top-Sharing". „Wir beobachten gerade Bedenkliches", sagt Vollmann. „Durch Corona verlieren wir die Frauen, sie melden sich ab von der Arbeitssuche." Dafür gibt es einen Fachbegriff: Out-of-Labor-Force. Und die ist massiv in Österreich, Tendenz steigend. „Das sind Frauen, die zwar erwerbsarbeitslos sind, aber nicht als arbeitssuchend gemeldet sind. Die tauchen gar nicht in der Statistik auf. Das hat sich durch Corona verschlimmert", so Vollmann. Das zeigt auch eine aktuelle Studie: Die Zahl der nicht aktiv arbeitssuchenden Frauen ist um 5,1 Prozent innerhalb des ersten Quartals gestiegen.

Warum sich Frauen vom Arbeitsmarkt zurückziehen, kann verschiedene Gründe haben. 2020 aber ist es vor allem einer: Frauen überlassen ihren besserverdienenden Männern den Vortritt, um die unbezahlte Arbeit gerade im Lockdown abzufangen: Home-Schooling, Kinderbetreuung, Angehörigenpflege, Haushalt. „Das ist ein Teufelskreis, den es zu unterbrechen gilt", sagt Vollmann, „wir können nicht zulassen, dass gut ausgebildete Frauen – gerade auch in Zeiten des Fachkräftemangels – dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen." Auch die Auswirkungen auf Karriere und Pension seien irgendwann nicht mehr wettzumachen. Vollmann will das nicht hinnehmen: „Wir haben die bestausgebildeten Frauen in diesem Land und wir lassen sie im Haushalt verschwinden."

Ein Familienarbeitszeitmodell, angelehnt an Elternteilzeitgesetz und Kurzarbeit, könnte dieses Problem lösen. So soll Frauen ermöglicht werden, nach der Karenz schneller wieder einzusteigen, während Männer von Vollzeit auf Teilzeit reduzieren. Finanziert werden sollte dieser Ausgleich durch Arbeitgeber*innen und öffentliche Hand. Damit soll auch für Väter ein Anreiz geschaffen werden, die Arbeitszeit zu reduzieren. „Jede Stunde, die man da reduzieren kann, hilft bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Privatleben und damit der Work-Life-Balance", sagt Vollmann.

„Durch Corona verlieren wir die Frauen, sie melden sich ab von der Arbeitssuche."

Manuela Vollmann, abz*austria

Flexible Lösungen

Das war auch Thema für Margarita Guamán. „Was mach ich, wenn meine Kinder eine ganze Woche krank zu Hause bleiben müssen? Das war meine größte Angst." Ihre Kinder besuchen einen öffentlichen Kindergarten – dieser bietet zum Glück flexible Betreuung an, je nach Arbeitszeit. Als sie ein Vorstellungsgespräch hatte, durften die Kinder sogar länger bleiben. Ihr Mann ist selbstständiger Gärtner und viel unterwegs, an ihr hängt der Großteil der Kinderorganisation. Wobei: „Jetzt ist es anders", sagt sie, „jetzt versucht auch er mehr zu übernehmen."

In den nächsten zehn Monaten absolviert sie nun eine Ausbildung als Diplom-Buchhalterin. Ein paar Tage die Woche muss sie zur Akademie der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, die anderen in eine Kanzlei im 20. Bezirk und abends, sobald die Kinder schlafen, büffeln. Bei der Stellensuche wurde sie vom waff unterstützt – durchgesetzt im Recruiting gegen alle Mitbewerber*innen hat sie sich allein. „Ich wollte es unbedingt. Ich dachte mir immer, ich kann nichts, außer Kinder zu betreuen. Aber das stimmt nicht." Sie überlegt. „Hinter mir liegt ein langer Weg, vielleicht nicht beruflich, aber ich hab in anderen Aspekten viel geleistet."

Wie wäre ihr Leben ohne die Hilfe vom abz*austria verlaufen? „Ich wäre immer noch arbeitslos, immer wieder AMS-Termine, und ich wäre immer frustrierter geworden." Die Kanzlei wird sie übrigens am Ende ihrer Ausbildung übernehmen, wurde Margarita Guamán mitgeteilt. ◗

© abz*austria

Was von 20.000-mal Hoffnung bleibt

Wer mit über 50 seinen Job verliert, droht viel mehr als andere in die Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten. Einst gab es ein gefeiertes Projekt dagegen: die „Aktion 20.000“. Was wurde daraus? Wir sind in die Steiermark gefahren und haben uns umgehört.

TEXT ANJA MELZER

Gemeinsam mit dem Judenburger Bürgermeister erfand Fritz Koini seinen neuen Job: den Vereinskoordinator – der einzige in ganze Österreich.

Als Fritz Koini seinen Job als Product-Line-Manager bei Voestalpine, einem großen Stahlkonzern, in Zeltweg verliert, ist er gerade 53 Jahre alt. Golden Handshake, abgefertigt, und das war's. In seinem Job war er über Jahrzehnte weit herumgekommen, er hatte verschiedene Niederlassungen im Ausland geleitet, in Kanada, in Südafrika, in Südkorea, in Spanien. Jetzt saß er hier in der Obersteiermark, zu Hause in Judenburg, und hatte nichts zu tun. Der zweifache Vater beginnt also noch mal ein Masterstudium in Betriebswirtschaft und Businessmanagement. Sein Studienabschluss und die Matura seiner Tochter fallen zeitlich genau zusammen. Er schließt mit „Sehr gut“ ab. „Und dann dachte ich, jetzt steht mir die Welt offen“, sagt er, so müsste man doch leicht

wieder eine neue Arbeit finden, auch wenn man schon Mitte 50 ist. Doch es kommt anders. Er schreibt über dreihundert Bewerbungen. „Dreihundert, wirklich“, sagt er und blickt einem in die Augen. Wenn er doch mal irgendwo zu einem Vorstellungsgespräch geladen wird, heißt es: Leider überqualifiziert.

Eines Tages bittet ihn das AMS zu einer Infoveranstaltung. „Da bin ich dann halt hingegangen, aber eigentlich nur widerwillig“, erzählt Koini. Doch dieser Abend sollte alles verändern. „Da wurde uns die ‚Aktion 20.000‘ präsentiert, es wurden irgendwelche Zetteln verteilt.“ Die Anwesenden mussten Formulare mit ihren Interessen ausfüllen. „Ich hab eingetragen ‚offen für alles‘“, sagt Koini, „wenn man so lang arbeitslos ist, glauben Sie mir, macht man alles. Wenn sie mir gesagt hätten, ich soll Pflastersteine verlegen, hätte ich das auch gemacht.“ Fritz Koini ist ein Macher, es fällt ihm schwer, gar nichts zu tun.

Untersuchungen, beispielsweise von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) belegen: Langzeitarbeitslose werden deutlich seltener überhaupt zu Vorstellungsgesprächen eingeladen als gleich gut qualifizierte Bewerber*innen, die viel kürzer arbeitslos sind. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso mehr Qualifikationen gehen zudem verloren oder sie veralten.

Angestellt werden die „Aktion 20.000“-Arbeitslosen oft über Transitverträge, zum Beispiel über die Volkshilfe oder auch Gegko, ein gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt im Auftrag des AMS, dessen Aufgabe – außerhalb dieser Sonderprojekte – ist, Menschen für eine befristete Dauer in ein Beschäftigungsprojekt zu bekommen. Reinhard Leitner ist Berufs- und Sozialpädagoge bei Gegko, zuständig für die ganze Obersteiermark. Wir treffen ihn in einem Café am Judenburger Hauptplatz. Leitner war auch der Betreuer von Fritz Koini – wobei Leitner das so nie formulieren würde. Hört

Am Fuße des Gesäuses: Die Kräuterspezialistin Irmgard Auer hatte dank der „Aktion 20.000“ ihren Traumjob, inzwischen lebt sie von Notstandshilfe.

Die „Aktion 20.000“ ging auf die Initiative des ehemaligen SPÖ-Kanzlers Christian Kern und seines SPÖ-Sozialministers Alois Stöger zurück. Die AMS-Daten ergeben nämlich ein klares Bild: Wer mit über 50 Jahren mehr als ein Jahr lang arbeitslos ist – ab dann gilt man hierzulande als langzeitarbeitslos –, hat kaum mehr eine Chance, noch einmal eingestellt zu werden. Also rief die Regierung Kern die „Aktion 20.000“ ins Leben: 20.000 Arbeitslose sollten in öffentlichen Einrichtungen und gemeinnützigen Vereinen arbeiten, der Staat zahlte diese Arbeitsplätze, das AMS förderte mit.

man seiner ruhigen und warmen Stimme länger zu, entdeckt man: Seine Klient*innen nennt er ausnahmslos „Kolleg*innen“, immer auf Augenhöhe. Sein Job ist einer, in dem vor allem Feingefühl zählt, sagt er. „Ich will ja niemandem auf die Nerven gehen.“

Reinhard Leitner, 63, kümmert sich seit Jahrzehnten um die, die sich schwertun oder benachteiligt sind. „Es geht bei solchen Projekten ja nicht nur um Wertschätzung, sondern auch um Wertschöpfung. Es ist so großartig, was da an die Gesellschaft zurückkommt.“ Es sollte, meint er, unsere Aufgabe sein, neue Jobs zu lukrieren, manche vielleicht erst neu zu erfinden. „Wenn ich helfen soll“, sagt er, „ich find welche.“ Es sei wichtig, dass Erwerbsarbeitslose nicht mehr als Bittsteller auftreten müssen. Man glaube gar nicht, was sich Menschen durch eine neue Perspektive plötzlich wieder zutrauen. „Das ist doch das, was unsere Zukunft ausmachen sollte“, sagt er, „füreinander da zu sein.“

Das gab’s noch nie

Fritz Koini erhält wenige Tage nach dem Infoabend einen Anruf von der Gemeinde: Ob er nicht Jugendliche beim Schwimmen und anderen Sportarten mitbetreuen wolle, er solle doch mal beim Bürgermeister vorbeikommen. Dem präsentiert er eine Auflistung seiner Vorstellungen und seiner Qualifikationen. Sie überlegen gemeinsam hin und her – und stoßen dabei auf eine neue Idee: Es bräuchte doch endlich jemanden, der sich um die Vereine hier in Judenburg kümmert. Und so wurde der „Vereinskoordinator“ geboren – eine Stelle, die es nie zuvor gab und die übrigens auch bis dato sonst nirgends in Österreich existiert. „Das klang irgendwie cool“, erzählt

„Ich selbst war überhaupt kein Vereinsmeier, ich war nirgends Mitglied.“

Fritz Koini, Vereinskoordinator

Fritz Koini. So wird er der erste Vereinskoordinator, also die zentrale Anlaufstelle für alle ortsansässigen Vereine der Stadt: „Ich bin das Bindeglied zwischen den Vereinen, der Politik und der Wirtschaft.“ Wir befinden uns bei dem Gespräch auf dem Sternenturm, 70 Meter hoch, an der frischen Luft. Koini lässt seinen Blick lächelnd über den 10.000-Einwohner*innen-Ort im Murtal schweifen.

Geht man in Judenburg herum, bleibt es niemandem verborgen: Es gibt sehr viel Leerstand, viele Geschäftslokale sind verlassen. Der Bürgermeister sagte zu Koini: „Such dir ein Büro aus“, und der zieht sofort los. Als Nächstes eruiert Koini, wie viele Vereine es überhaupt in Judenburg gibt und wer diesen vorsitzt – eine solche Aufstellung existierte bis dahin nicht. Er stößt auf über 100 Vereine, von Sport- über Musik- bis zu Bienenzüchtergruppen. Koini lacht: „Ich selbst war überhaupt kein Vereinsmeier, ich war nirgends Mitglied.“ Heute kennt er sie alle, und alle kennen ihn.

Nicht nur Fritz Koini merkt man an, wie stolz er darauf ist, was er inzwischen aufgebaut hat – dem Bürgermeister geht es genauso. Das Rathaus erhebt sich mitten am Judenburger Hauptplatz, das geräumige, ein bisschen unaufgeräumte Büro von Hans Dolleschall liegt im ersten Stock. Der Sozialdemokrat regiert seit zehn Jahren, dritte Amtszeit, er hält die Absolute. Immer an seiner Seite und natürlich auch jetzt dabei ist sein flauschiger Assistent Scudo, sein elegant mit karogemustertem Halsband ausgestatteter Hund. „Wir haben geschaut, dass wir so viele wie möglich bei der ‚Aktion 20.000‘ unterbringen“, erzählt Dolleschall, „am Ende hätt ich gern noch mehr untergebracht.“ Elf Bürger*innen konnte so eine Stelle verschafft werden, etwa 200 Euro pro Person schoss die Gemeinde monatlich dazu.

SPÖ-Bürgermeister Hannes Dolleschall appelliert an die Regierung, endlich aktiv gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu werden.

Mehr als ein Prestigeprojekt

„Wenn man langzeitarbeitslos ist, gibt's oft den Gedanken: Was willst du mit dem noch? Dem ist aber nicht so", sagt der Bürgermeister. Er ist ein direkter Typ, sagt die Dinge geradeheraus, die Hand dabei immer auf Scudos Fell. „Die Regierung muss jetzt aktiv vorgehen. Statt Arbeitslosigkeit sollte man lieber Arbeit finanzieren – davon gibt's genug", meint er. Wo genau? Er denkt beispielsweise an Stellen bei NGOs. „Oder man könnte Zehntausende Jobs im Bereich Umweltschutz schaffen." Dass Türkis-Grün so wenig dafür tut, macht ihn sauer: „Was die Bundesregierung hier treibt, ist völlig konzeptlos." Für 2021, sagt Dolleschall, erwarte er noch dramatischere Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

Dabei kann es – jedenfalls für Langzeitarbeitslose – eigentlich eh nicht mehr dramatischer werden. Seit Beginn der Pandemie gibt es in Österreich etwa 30.000 Langzeitarbeitslose mehr. Was es nicht mehr gibt: Beschäftigungsmaßnahmen wie die „Aktion 20.000". Mit dem Regierungswechsel im Herbst 2017 wurde als eine der ersten Amtshandlungen der neuen türkis-blauen Koalition das jähe Ende der „Aktion 20.000" verkündet. Nur ein paar Wochen später, zu Weihnachten, lief das Projekt aus, die letzte Befristung endete im Juni 2019.

Erst kürzlich, im Mai, publizierte das Institut für Höhere Studien (IHS) eine Studie, die seit Langem angekündigt war. Auf den 100 Seiten wird der „Aktion 20.000" eine auffallend positive Evaluierung beschert. Die Auswertung zeigt: Jeder Mensch, der durch die Maßnahme wieder in Beschäftigung geführt werden konnte, kostete den Staat nur rund 100 Euro mehr als die Arbeitslosigkeit. Ein Drittel der damaligen „Aktion 20.000"-Erwerbsarbeitslosen hat heute einen festen Job. Auch Fritz Koini wurde von der Gemeinde weiter übernommen. „Er ist unverzichtbar geworden", sagt der Bürgermeister.

Die Anstellung über die Kommunen zu behalten, war für viele die Absicherung ihres Lebens. So konnten sie in die Pensionsversicherung einzahlen, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge. Außerdem macht es einen Unterschied, aus einer Anstellung oder aus der Arbeitslosigkeit in die Pension zu wechseln.

Einer, der genauso wenig versteht, wieso die Bundesregierung noch immer untätig bleibt, ist der Landtagsabgeordnete und stellvertretende SPÖ-Landesgeschäftsführer Wolfgang Moitzi. Hier in

Reinhard Leitner, erfahrener Sozialpädagoge, verhalf vielen Menschen zu neuen Chancen. Für ihn zählen Augenhöhe und Feingefühl.

„Wenn ich mit offenen Augen durch die Welt gehe, sehe ich genug Arbeit."

Wolfgang Moitzi,
stellvertretender SPÖ-Landesgeschäftsführer

Judenburg teilt sich der 36-Jährige mit dem Nationalratsabgeordneten und Ex-Bundesgeschäftsführer Max Lercher sowie Gabi Kolar ein Büro, das Murtal ist sein Heimatbezirk. „Wir haben allein 13.000 Erwerbsarbeitslose über 50 in der Steiermark, im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl um 27 Prozent gestiegen", sagt er. Inzwischen ist es mittags, die Herbstsonne scheint auf den Hauptplatz, wo er auf einer Parkbank sitzt.

Der SPÖ-Politiker fordert eine großangelegte Neuauflage: „Die ‚Aktion 20.000' hat den Menschen eine Chance gegeben, die dauernd nur ein Nein gehört haben, sie hat wieder Ja zu ihnen gesagt. Langzeitarbeitslosigkeit macht ja auch etwas mit dem seelischen Zustand der Leute, neben dem ganzen sozialen Dilemma, dass sie keine Kohle haben. Die haben das Gefühl, dass sie niemand mehr braucht." Auch Moitzi beharrt darauf, dass es die Jobs dafür längst gebe: „Wenn ich mit offenen Augen durch die Welt gehe, sehe ich genug Arbeit – die Frage ist, wie gewollt das ist und wer das zahlt. Oft sind es Jobs, die wenig Profit abwerfen, aber gesellschaftlich extrem wertvoll sind." Er seufzt: „Dafür muss man Geld in die Hand nehmen."

Und das tut er. „Wir haben die ‚Aktion 20.000' im Kleinen weitergeführt in der Steiermark", sagt Wolfgang Moitzi und fügt hinzu: „Aus Eigeninitiative." Von der steirischen Landesregierung und dem AMS werden 5,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um 300 Langzeitarbeitslose über 50 als Assistent*innen im Corona-Besuchermanagement, vor allem im Sozial- und Pflegebereich, anzustellen. Ihre Aufgaben: Registrierung, Gesundheitschecks, Ausgabe von Masken, Begleitung in Besucherzonen. Das Projekt startet im Dezember und ist zunächst für sechs Monate angelegt. Moitzi: „Diese Leute dürfen nicht allein gelassen werden."

Kurven und Höhenmeter

Endlose Serpentinenstraßen führen uns 80 Kilometer durch den Nationalpark und über das Gesäuse in eine abgelegene Gegend – nach St. Gallen, das steirische, nicht das in der Schweiz. Hier lebt Irmgard Auer. Die Sonne ist gerade untergegangen, draußen rauscht ein Bach aus den Kalkbergen herunter, im Kamin flackert ein Feuer, Frau Auer hat es sich in einem Sessel bequem gemacht. Obwohl sie und Fritz Koini sich nicht kennen, haben sie eine gemeinsame Leidenschaft: Auch bei Irmgard Auer geht es um die Liebe zu Vereinen, genauer gesagt: zu ihrem eigenen. Sie hat den Verein „Elmin" mitbegründet, die Buchstaben stehen für die Entfaltung der natürlichen Lebensweise für Menschen in einer intakten Natur.

Auer ist 48, als sie ihren Job im Naturpark Eisenwurzen als Büroleitung verliert. Sie hat drei Kinder allein großgezogen, immer viel gearbeitet. „Ich hab dann erst mal Zeit für mich gebraucht, um einfach mal nix zu tun, ich wusste auch gar nicht, was ich überhaupt machen soll und wo bewerben", erzählt sie. Auch sie wurde dann – da war sie gerade 50 – von ihrem AMS-Betreuer auf die „Aktion 20.000" aufmerksam gemacht, mit dem Hinweis, dass man auch bei Vereinen angestellt werden könne. „Da hab ich natürlich solche Ohren bekommen", sagt sie.

Irmgard Auer rutschte wenige Tage, bevor das Projekt von ÖVP/FPÖ eingestellt wurde, noch dazu. „Die, die schon dabei waren, durften weitermachen", erklärt sie, „das Türl für mich war grad noch offen." Eineinhalb Jahre arbeitet sie als Geschäftsführerin des Vereins. Wenn sie davon erzählt, kommt sie ins Schwärmen: „Es hat mir so viel Freude gemacht, ich war total motiviert, und es ist so viel weitergegangen." Auer ist Kräuterexpertin, Natur- und Landschaftsvermittlerin, Bergführerin, hat eine Ausbildung in Kinesiologie und neuerdings auch in Weiberyoga, altvedischer Frauengymnastik. Sie organisiert unter anderem Kräuterwanderungen und Schulprojekte.

Nachdem der Förderzeitraum endete – das AMS übernahm noch einmal drei weitere Monate –, driftete sie wieder in die Arbeitslosigkeit. Heute ist sie 53, und durch die Corona-Krise gibt es noch weniger Jobs als zuvor. „Die bezahlte Arbeit im Verein hat all meine Ausbildungen und Qualifikationen zusammengebracht", sagt Auer, „und weil in dem Verein mein ganzes Herzblut drinsteckt, konnte ich in der ‚Aktion 20.000' vom Herzen heraus arbeiten." Nun bezieht sie Notstandshilfe. „Überleben geht sich aus damit."

Irmgard Auer versucht, das Beste daraus zu machen und bewusst zu leben. Für gute Ernährung zu sorgen, viel in der Natur zu sein. Sie sagt: „Die Politik holt mich gar nicht ab, ich habe das Gefühl, dass die Regierung nichts übrig hat für meine Lebensansätze." Trotzdem wirkt sie nicht verhärmt, im Gegenteil, und wenn sie kichert, klingt sie wie ein junges Mädchen: „In wenigen Tagen hab ich ein Vorstellungsgespräch für eine Hotelrezeption, schau ma mal." Arbeit gibt eben Perspektive. Was, wenn sich das Türl zu einer neuen „Aktion 20.000" noch einmal öffnen würde? „Das wäre so perfekt", sagt sie.

Die Lage ist ernst – was zählt jetzt besonders?

MARTIN PEER ARB.-BETRIEBSRAT SANATORIUM MAIMONIDES-ZENTRUM
Der zweite Lockdown ist leider Realität. Man muss nun die Ängste und Sorgen in der Belegschaft wahrnehmen und ausräumen. Das Virus darf auch nicht als Vorwand genommen werden, um Arbeitnehmer*innenrechte auszuhöhlen, sei es durch ungerechtfertigte Kündigungen oder Arbeitszeitmodelle, die dem Arbeitszeitgesetz nicht entsprechen.

MARIE-THERESE REISENAUER BETRIEBSRÄTIN THALIA BUCH & MEDIEN GMBH
In der aktuellen Corona-Situation ist es für mich wichtiger denn je, darauf zu achten, dass das Arbeitsrecht eingehalten wird. Wir müssen auch zusammen dafür kämpfen, dass die Kosten der Krise nicht die Mitarbeiter*innen durch Personalabbau und Lohndumping zahlen müssen – steuerfinanzierte Hilfen müssen daran gekoppelt werden.

MARTIN BUNZENGRUBER ARB.-BETRIEBSRAT GF CASTING SOLUTIONS HERZOGENBURG
Es muss jetzt acht darauf gegeben werden, dass die Sicherheitsbestimmungen im Zusammenhang mit der Pandemie umgesetzt werden, sodass eine Ansteckung bei der Beschäftigung so weit wie möglich verhindert wird. Weiters müssen wir darauf schauen, dass die Hilfen nicht nur bei den Unternehmen ankommen, sondern auch bei den Mitarbeiter*innen.

MICHAEL FIEDLER BETRIEBSRAT ORF HÖRFUNK
In vielen Unternehmen gibt es keine oder nur sehr rudimentäre Betriebsvereinbarungen zu Homeoffice, da sind viele Betriebsrät*innen gerade dran. Auch zu Kurzarbeit, Kinderbetreuung oder Corona-Regeln im Büro gibt es Fragen. Und uns allen schlägt die Situation aufs Gemüt, wir sollten auf die psychische Gesundheit der Kolleg*innen achten.

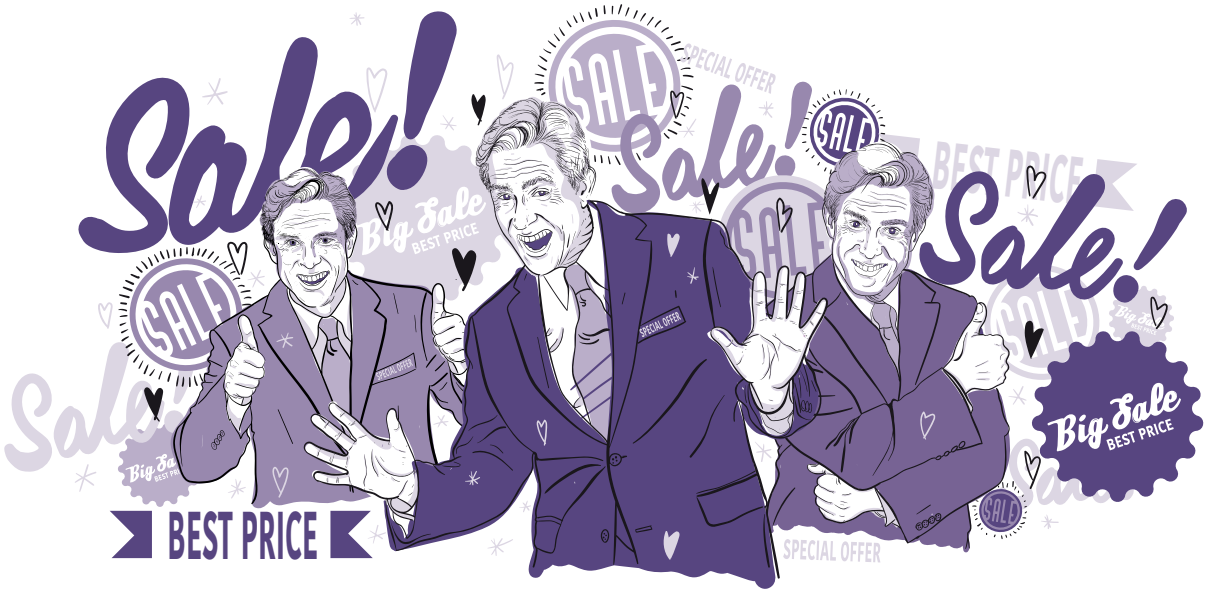
EVA BALDRIAN-WAGNER BETRIEBSRATSVORSITZENDE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR
Ich rechne mit dem Schlimmsten. Die Lage spitzt sich zu. Es muss frühzeitig mit Arbeitgebern über weitere Schritte verhandelt werden: Arbeitszeitreduzierungen, Kurzarbeit, Homeoffice.
Das Ziel: Menschen im Arbeitsprozess behalten zu können. Ich erwarte lange zähe Monate, in denen wir alle Kräfte für den Erhalt der Arbeitsplätze bündeln müssen.

& ONLINE
Eva ist auch unsere Vloggerin!
www.arbeit-wirtschaft.at/krisentagebuch

© privat | Baldrian-Wagner © Markus Zahradnik

Billigst- oder Bestbieter?

Derzeit entscheiden sich öffentliche Auftraggeber in Österreich meist für den Billigstbieter – soziale Ziele spielen in Ausschreibungen selten eine Rolle. Arbeiterkammer und ÖGB fordern, öffentliche Aufträge mit sozialen Anliegen zu verknüpfen, um zum Beispiel Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückzuführen.



Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt erwacht eine alte Idee wieder zum Leben: Warum nicht öffentliche Vergaben mit Bedingungen versehen und so Benachteiligten wie Langzeitarbeitslosen oder Bezieher*innen der Mindestsicherung einen positiven Schubs in Richtung Erwerbsleben geben? Lena Karasz, Referentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit den Schwerpunkten Beihilfen- und Vergaberecht, Regulierung sowie EU-Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht, nennt ein Beispiel für so eine Vergabe: Ein öffentlicher Auftraggeber, zum Beispiel eine Gemeinde, vergibt einen Auftrag zum Bau einer neuen Volksschule und legt in der Ausschreibung fest, dass verpflichtend 30 Prozent der für den Auftrag eingesetzten Arbeitskräfte auf der Baustelle Langzeitarbeitslose sein sollen. Somit würde die Gemeinde zugleich eine Volksschule errichten und ein sozialpolitisches Ziel verfolgen.

Karasz schreibt im A&W-Blog: „In dieser Situation könnte der Staat – ergänzend zu sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – nun auch seine Kaufkraft gezielt dazu verwenden, Arbeitsplätze zu schaffen. Enorme Effekte können am Arbeitsmarkt erreicht werden, wenn auch nur Teile des staatlichen Beschaffungsvolumens an beschäftigungspolitische Aspekte geknüpft würden." Fraglos wäre das ein bedeutender Hebel, denn Vergaben machen 18 Prozent des österreichischen BIP beziehungsweise knapp 62 Milliarden Euro aus – das ermittelte die TU Wien in der 2017 veröffentlichten Studie „Öffentliche Vergaben in Österreich" im Auftrag des ANKÖ.

Auch David Hafner, Fachexperte für europapolitische Fragen im ÖGB-Europabüro, hält es für eine gute Idee, im Be-

TEXT ALEXANDRA ROTTER

schaffungswesen sozialpolitische Impulse zu setzen: „Es ist eine unserer langjährigen Forderungen, bei öffentlichen Vergaben nach dem Bestbieterprinzip auszuschreiben. Doch Österreich gehört leider zu den Ländern, wo eher das Billigstbieterprinzip gelebt wird." Österreich setzt somit kaum auf soziale Kriterien bei der öffentlichen Vergabe. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) führte im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich 2016 eine Studie zum Thema durch und erhob, welche Kriterien bei öffentlichen Vergaben in einigen mit Österreich vergleichbaren EU-Ländern besonders wichtig waren. In Österreich, Slowenien und Polen gibt es demnach eine sehr starke Preisgewichtung, während diese etwa in Italien, den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich sehr niedrig ist, also andere Faktoren wichtiger als der Preis sind. Im Mittelfeld liegen Finnland, Deutschland und Schweden.

Die EU-Vergaberichtlinien bieten den Mitgliedsstaaten laut Hafner relativ viel Spielraum bei den Kriterien. Zwar sollen bei Vergaben Steuergelder sparsam und effizient eingesetzt werden, doch das bedeute nicht, dass Kaufentscheidungen ausschließlich aus betriebswirtschaftlichem Kalkül erfolgen müssen. In einem Erwägungsgrund zur aktuellen Vergabekoordinierungsrichtlinie der EU wird sogar das strategische Ziel der sozialen Integration benachteiligter Personen oder Angehöriger finanziell benachteiligter Gruppen betont. Nicht möglich ist allerdings, in einer Ausschreibung zum Beispiel nur Arbeitskräfte aus Österreich zu fordern – das wäre laut Hafner eine klare Diskriminierung.

Vergaberecht macht's möglich

Zunächst geht es bei Vergaben natürlich nicht um Soziales, sondern um Fragen wie: Hat der Bieter die nötige Sachkunde? Ist er leistungsfähig? Gilt er als zuverlässig? Dass es aber möglich ist, darüber hinaus auch soziale Kriterien in öffentlichen Ausschreibungen zu erwähnen, zeigen zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern. Insbesondere bei großen Vergaben, bei denen es um viel Geld geht, kommt es immer wieder vor, dass Unternehmen, die den Zuschlag für einen öffentlichen Auftrag nicht bekommen, vor Gericht gehen und die Entscheidung für die Konkurrenz anfechten. David Hafner: „Der EuGH hat in vielen Fällen gezeigt, dass es absolut möglich ist, etwa auf die Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen abzustellen."

1988 entschied der EuGH etwa erstmals im wegweisenden Fall „Beentjes", dass es zulässig war, die Vergabe eines Auftrags an die Bedingung zu knüpfen, dass eine bestimmte Anzahl der Arbeitskräfte, die eingesetzt wurden, Langzeitarbeitslose sein sollten. David Hafner verweist auf eine weitere Entscheidung des EuGH in Frankreich (Nord-Pas-de-Calais), wo ähnlich entschieden wurde. Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, dass das Kriterium der Langzeitarbeitslosigkeit nur dann berücksichtigt werden darf, wenn zumindest zwei gleichwertige Angebote vorliegen. Hafner erklärt: „Bei der Begründung der Zuschlagsentscheidung soll angeführt werden: Unternehmen A und B sind geeignet, aber A setzt darüber hinaus Impulse am Arbeitsmarkt."

Und was, wenn ein Bieter das Kriterium der Ausschreibung nach dem Einsatz Langzeitarbeitsloser erfüllt, aber viel teurer ist als ein anderer? David Hafner vermutet, dass der billigere Anbieter wohl vor Gericht gehen und die Entscheidung anfechten würde, wenn der teurere Anbieter den Zuschlag bekäme. Auch Kontrollorgane, wie etwa der Gemeinderat, könnten nachfragen, ob es nicht auch ein billigeres Angebot gegeben hätte.

„Österreich gehört leider zu den Ländern, wo eher das Billigstbieterprinzip gelebt wird."

David Hafner, Fachexperte für europapolitische Fragen im ÖGB-Europabüro

Gute Argumente

Und was steht einer breiteren Anwendung noch im Weg? Hafner: „Juristisch sind die Möglichkeiten geschaffen. Auch die EU hat nichts dagegen. Jetzt braucht es ein Umdenken und eine Änderung in der Kultur der Verwaltung." Der Wille scheint zumindest teilweise vorhanden zu sein. Das zeigt etwa die Tatsache, dass der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) die Rechtsanwaltskanzlei Schramm Öhler 2019 mit einem Gutachten beauftragt hat, das untersuchte, inwiefern es zulässig ist, im Rahmen öffentlicher Aufträge die Bedingung zu stellen, Wiener Mindestsicherungsbezieher*innen einzustellen.

Hier geht es auch um eine regional eingeschränkte Gruppe, nämlich Wiener*innen. Dennoch bestehen laut Gutachten „gute Argumente für die rechtliche Zulässigkeit der ‚Wiener Mindestsicherungsklausel'". Beim waff begrüßt man die sozialintegrative Vergabe und hofft, dass der Vorstoß von AK und ÖGB Gehör findet. ◗

Wann, wenn nicht jetzt?

Langzeitbeschäftigungslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Kinderarmut: Der Staat ist aufgefordert, rasch und entschieden einzugreifen, sagt Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer. Darüber hinaus brauche es Investitionen in Pflege und Klima – alles andere würde die nachfolgenden Generationen massiv belasten.

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL

Arbeit&Wirtschaft: Österreich hat heuer ein Budgetdefizit von 28 Milliarden Euro, 2021 sollen es 21 Milliarden Euro werden. Finanzminister Blümel hat in seiner Budgetrede gesagt: „Schuldenleugner sind wie Klimaleugner. Beide leben auf Kosten der nachfolgenden Generation."

Markus Marterbauer: Ein völlig unpassender Vergleich! Denn nehmen wir an, es würden im Moment keine Schulden gemacht werden. Nehmen wir an, wir würden nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun, wir würden die Jugendarbeitslosigkeit nicht bekämpfen. Nehmen wir an, wir würden die Krise jetzt nicht dazu nützen, um gegen den Klimawandel zu investieren. Das wären wirklich große Lasten für die nächste Generation. Also ich glaube, da fehlt es ein bisschen an der Kenntnis ökonomischer Zusammenhänge. Wer jetzt frühzeitig investiert und deshalb gestärkt aus der Krise herauskommt, der wird langfristig auch davon profitieren.

„Die größte Last für die kommende Generation wäre, jetzt nicht zu investieren. Der Staat hat schließlich die Möglichkeit, sich mit Negativzinsen zu verschulden", mahnt der Ökonom.

MARKUS MARTERBAUER
CHEFÖKONOM DER ARBEITERKAMMER
Markus Marterbauer ist Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien, Vizepräsident des Fiskalrates und Universitätslektor.
Seine Forschungsbereiche umfassen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Budgetentwicklung und Fiskalpolitik, Einkommensverteilung und Umverteilung sowie postkeynesianische Makroökonomie.

Bleiben wir beim Arbeitsmarkt. Wenn wir genau hinschauen, dann sehen wir, dass die Langzeitarbeitslosigkeit schon beinahe um die Hälfte gestiegen ist. Was braucht es hier jetzt, um sinnvoll gegenzusteuern?
Das ist wirklich einer der Bereiche am Arbeitsmarkt, wo man sich die größten Sorgen machen muss: die Langzeitbeschäftigungslosen, viele von ihnen älter und viele mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die Betroffenen verlieren nicht nur Qualifikationen, sondern auch ihre Lebensumstände werden immer schwieriger. Die Gefahr ist sehr groß, dass diese Menschen nie wieder in den Arbeitsmarkt zurückkommen. Und das bedeutet für sie dann Armut. Mehr als die Hälfte aller Langzeitbeschäftigungslosen ist armutsgefährdet.

Arbeitslosigkeit trifft außerdem die ganze Familie, nicht nur Einzelpersonen.
Sechzig Prozent aller Kinder, die in von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Haushalten leben, sind damit auch armutsgefährdet. Das bedeutet Kinderarmut, wenn wir Langzeitarbeitslosigkeit nicht bekämpfen.

Mit der „Aktion 20.000" ist das bei Langzeitarbeitslosen gelungen …
Die „Aktion 20.000" war sehr erfolgreich, das hat auch das IHS so evaluiert. Da ist es gelungen, Langzeitbeschäftigungslose zunächst in gemeinnützige kommunale Beschäftigung zu bringen. Manche von ihnen haben es daraufhin in die reguläre Beschäftigung geschafft. Und das soll nicht mehr gemacht werden dürfen, weil es eine andersfarbige Regierung eingeführt hat? Das ist völlig absurd. Genau diese Maßnahme müsste man wieder setzen. Menschen zu helfen, die es nicht von allein wieder in den Arbeitsmarkt zurückschaffen, das wäre eine der nobelsten Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik.

Wie schaut das von der Kostenseite aus? Auf der einen Seite würde Arbeitslosengeld bezahlt werden, auf der anderen Seite müsste dann ein Gehalt bezahlt werden?
Wenn jemand in ein Programm wie die „Aktion 20.000" kommt, dann bekommt die Person einen kollektivvertraglichen Lohn, von dem sie auch leben kann. Das kostet den Staat einiges. Auf der anderen Seite entfallen die Arbeitslosengelder, und die Menschen, die wieder in Beschäftigung sind, zahlen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Umgerechnet auf die etwa 30.000 Langzeitbeschäftigungslosen, die wir jetzt mehr haben als im Vorjahr, bräuchten wir etwas mehr als 200 Millionen Euro, um sie in kommunale oder gemeinnützige Beschäftigung zu bringen.

Eine andere Maßnahme, die von AK und Gewerkschaften vehement gefordert wird, ist die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent.
Wenn man arbeitslos wird, fällt man auf etwas mehr als die Hälfte des Einkommens zurück. Das heißt, es ist schon aus rein sozialen Gründen wichtig, diesen Menschen zu helfen, wenn man Armut verhindern will.

Letztlich ist das auch aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen heraus sinnvoll. Wer ein niedriges Einkommen hat, gibt alles wieder aus, um Güter und Dienstleistungen zu konsumieren. Das ist sozusagen das beste Konjunkturprogramm.

Die Konsumnachfrage kurbelt also die Wirtschaft an. Ein weiteres Instrument, das der Staat hat, sind Investitionen. Wo sollte Österreich denn jetzt genau investieren? Und ist das im von Blümel vorgestellten Budget in der Form berücksichtigt?
Also ich glaube, es liegt auf der Hand, dass man im Wesentlichen in zwei Zukunftsbereiche investieren muss. Der eine ist: Wir haben langfristig einen steigenden Bedarf an Gesundheits- und vor allem Pflegeleistungen. Das betrifft auch den Bereich Bildung im weiteren Sinn – Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Verwaltungspersonal. Bildung ist immer eine Investition in die Zukunft.

Der zweite Zukunftsbereich ist, wenig überraschend: Österreich wird die Klimaziele, zu denen wir uns verpflichtet haben, nicht erreichen können. Das heißt, wir müssen viel mehr in den öffentlichen Verkehr investieren – in die Bahn, in das Bussystem, in den Städten in Straßenbahnen und die U-Bahnen, aber auch in den Radverkehr und Elektromobilität. Dann gibt es noch die Fragen der Energiegewinnung, Energienutzung, der thermischen Sanierung: ein enormer Investitionsbedarf, da geht es um zig Milliarden.

Diese Investitionen bringen doch auch Jobs.
Damit entstehen die Jobs der Zukunft, keine Frage. Gerade jetzt, wenn der Staat sich mit Negativzinsen verschuldet, wäre es völlig absurd, hier jetzt nicht zu investieren.

*„Die Hauptlast der Krise tragen die Arbeitslosen, die kleinen Selbstständigen. Die Milliardär*innen sind von der Krise weitgehend verschont geblieben.“*

Markus Marterbauer, AK Wien

Langzeitbeschäftigungslosigkeit trifft besonders viele Menschen über 50 Jahren. Auf der anderen Seite wissen wir aus früheren Krisen, dass gerade junge Menschen sehr betroffen sind.

Langfristig würde eine „verlorene Generation“ die größten COVID-Kosten bedeuten. Jugendarbeitslosigkeit hat verheerende Folgen für die gesamte Erwerbskarriere. Gerade Jugendliche müssen sich auf die Gesellschaft verlassen können. Das ist wirklich eine essenzielle Aufgabe der Gesellschaft, und Jugendarbeitslosigkeit ist nicht die „Schuld“ der 15-Jährigen, die nicht in Arbeitsmarkt und Gesellschaft finden.

Ganz konkret gefragt: Wenn Sie sich drei Maßnahmen aussuchen dürften, die Sie selbst ins Budget hineinschreiben. Welche wären das?

Angesichts der enormen Arbeitsmarktkrise ist der erste Punkt: mehr Geld, um Langzeitbeschäftigungslosigkeit zu verhindern und Jugendarbeitslosigkeit wirklich vollständig abzuschaffen. Wir brauchen null Jugendarbeitslosigkeit.

Der zweite Punkt, bei dem man Klimainvestitionen und soziale Dienstleistungen zusammenbringen kann: Die Gemeinden haben wirklich enorme Einnahmenausfälle aufgrund der Krise und stellen deshalb weniger Personal ein und investieren weniger. Die Gemeinden brauchen also mehr Geld vom Bund. Davon profitiert auch die Bevölkerung unmittelbar.

Und der dritte Punkt: Gerechtigkeit. Die Hauptlast der Krise tragen die Arbeitslosen, die kleinen Selbstständigen. Die Milliardär*innen sind von der Krise weitgehend verschont geblieben. Für mich ist es gesellschafts- und demokratiepolitisch essenziell, dass wir progressive Milliardärssteuern haben, weil dieser enorme Einfluss der Milliardär*innen auf unsere Gesellschaft wirklich schädlich ist. Diesen kann man nur durch höhere Steuern reduzieren.

Sprechen wir noch über ein Schmankerl, das uns der Finanzminister in seiner zweiten Budgetrede serviert hat. Er hat – abgekürzt – gesagt: „Kurzfristig funktioniert Keynes, langfristig hat Hayek recht.“ Was meint denn darauf der Wirtschaftswissenschafter zum Philosophen Blümel?

Es ist offensichtlich, dass wir Keynes in der Krise brauchen. Der Staat muss investieren, muss Arbeitslosigkeit bekämpfen. Das liegt auf der Hand. Was Friedrich August von Hayek in einer Budgetrede verloren hat, ist mir schleierhaft. Der Hayek'sche Hass auf den Sozialstaat hat im österreichischen Parlament nichts zu suchen. ◗

& ONLINE

Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

A&W BLOG

Täglich neue Hintergründe, Fakten & Positionen

Simon Theurl
Referent in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien

Vera Glassner
Referentin für Geschlechterungleichheiten in der Arbeitswelt, AK Wien
Zusammengefasst von Anja Melzer

Wie die COVID-Arbeitsmarktkrise Frauen trifft

Frauendominierte Branchen, wie etwa Beherbergung und Gastronomie, Einzelhandel, Kunst/Freizeit, sind von der gegenwärtigen Krise besonders stark betroffen. Zudem haben besonders Frauen als „Systemerhalterinnen" im Gesundheits- und Pflegesektor, im Lebensmitteleinzelhandel, im Sozialwesen, in Schulen und Kindergärten und als Reinigungskräfte das Land während der Krise aufrechterhalten. Eine Online-Befragung der Arbeiterkammer erhob, wie sich im Sommer 2020 die Arbeitssituation für die befragten Beschäftigten verändert hat. Rund 60 Prozent gaben an, dass sich ihre tatsächlich geleistete Erwerbsarbeitszeit im Vergleich zur Zeit vor COVID verändert hat. Frauen waren davon besonders betroffen. Das ist wenig überraschend, denn Teilzeitbeschäftigte – zu über 80 Prozent Frauen – galten schon vor Corona als „Flexibilitätspuffer", ebenso wie andere atypisch Beschäftigte wie Leiharbeitnehmer*innen und geringfügig Beschäftigte. Frauen reduzierten häufiger die Arbeitszeit als Männer. Insbesondere Mütter waren während der Ausgangsbeschränkungen von Mehrfachbelastungen betroffen. Während des Lockdowns haben Frauen noch mehr unbezahlte Arbeit übernommen, vor allem Kinderbetreuung inklusive Home-Schooling. Alleinerzieherinnen haben die höchste tägliche Stundenanzahl an unbezahlter Arbeit verrichtet (15 Stunden pro Tag, neun davon unbezahlt).

Gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit

Die Beschäftigten in systemerhaltenden Berufen arbeiten unterbezahlt und oft zu belastenden Bedingungen. Zum Großteil sind das Frauen, die außerdem meist die Kinderbetreuung und Pflegearbeit in der Familie übernehmen. Kürzere und planbare Arbeitszeiten mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche können wesentlich dazu beitragen, bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern und zwischen Beschäftigten und Beschäftigungslosen gerechter aufzuteilen. Die Aufwertung der Pflegearbeit bringt nicht nur mehr Gerechtigkeit für Systemerhalterinnen, sondern wirkt auch dem Fachkräftemangel entgegen. Der Ausbau einer flächendeckenden, qualitätsvollen und leistbaren Kinderbetreuung als grundlegende Voraussetzung für Erwerbsbeteiligung und Jobchancen von Frauen ist auch in Zeiten des Homeoffice von größter Bedeutung.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Theurl © Michael Mazohl | Glassner © AK Wien

Die Guten ins Töpfchen, die Faulen ins Kröpfchen

Mitten in Pandemie und Rekordarbeitslosigkeit schaffen ÖVP-Abgeordnete im Netz ein neues Feindbild: In Facebook-Postings dreschen sie auf erwerbsarbeitslose Menschen ein. Das Bild, das sie damit kreieren, ist vor allem eines: gefährlich.

Zuerst zu den unbestreitbaren Fakten: Wir haben in mehrerlei Hinsicht eine Krisensituation. Eine Klimakrise. Eine Gesundheitskrise. Eine Demokratiekrise. Eine Wirtschaftskrise. Letztere bewirkt, dass sehr viele Menschen in Österreich arbeitslos sind. Im September 2020 waren das 346.907 Personen. Aufgrund der Pandemie ist auch sehr fraglich, ob diese Personen sehr schnell wieder Arbeit finden werden.

Nun kann man mit dieser Situation unterschiedlich umgehen. Man könnte etwa das Arbeitslosengeld erhöhen – einmalig oder anhaltend. Man kann aber auch, wie die ÖVP-Abgeordnete Carmen Jeitler-Cincelli dies tut, die moralische Schuld bei den Erwerbsarbeitslosen selbst suchen. Jeitler-Cincelli verwehrt sich strikt gegen jegliche Unterstützung für Arbeitslose und ortet, wie sie in einem Facebook-Post Ende Oktober schrieb, gar eine Hängematte, die besonders „strukturellen" Langzeitarbeitslosen ausgebreitet werde.

Die Mär vom faulen Arbeitslosen

Das Bild, das sie hier aufbaut, ist weder neu noch originell, aber dafür gefährlich. Jeitler-Cincelli skizziert eine Masse an Arbeitslosen, die es sich auf Kosten der Fleißigen gemütlich machen. Damit werden Bilder evoziert, die Arbeitslose als den ganzen Tag auf der Couch lümmelnde, Fast Food essende und Reality-TV-schauende Prolos darstellen. Dieses Bild ist eine der schärfsten Waffen im neoliberalen Kulturkrieg. Es geht nicht nur darum, politisch und ökonomisch die Strukturen nachhaltig so zu verändern, dass einige wenige Kapital akkumulieren können, während die Mehrheit der Menschen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben muss und kein substanzielles Vermögen anhäufen kann. Es geht auch darum, dass die, die in diesem System ganz unten sind, dafür verachtet werden.

TEXT NATASCHA STROBL

Eine Frage des Charakters

Es geht also auch um einen kulturellen Wertewandel, um die Etablierung einer neoliberalen Moral. In diesem Denken ist Arbeitslosigkeit kein Zustand, der fast jede und jeden treffen kann und den wir als Gesellschaft auffangen müssen. Arbeitslosigkeit wird zu einer Frage des Charakters. Arbeitslosigkeit ist hier eine individuelle Charakterschwäche und eine Frage fehlender Moral. Dementsprechend reicht es nicht, dass Arbeitslose all die Nachteile erfahren, die Arbeitslosigkeit mit sich bringt.

Sie werden in neoliberalen Vorstellungen auch noch dämonisiert. Dazu gehören eben auch die Verbindungen zu körperlichen „Schwächen“ (wie Krankheit, Übergewicht, schlechte Ernährung etc.) und eben Charakterschwächen (wie Faulheit, Dummheit, Antriebslosigkeit).

Arbeitslose werden als Menschen skizziert, die bewusst und mit Freude andere ausnutzen. Diese „anderen“ werden komplementär als Fleißige und inhärent Gute konstruiert. Sie gehen brav Tag für Tag arbeiten und müssen all die Lasten allein stemmen. Es ist ein Ausspielen der Arbeitenden gegen die Arbeitslosen. Den Arbeitenden werden hier gemeinsame Interessen mit den Arbeitgebern unterstellt, und der Kontrast wird zu den Arbeitslosen aufgebaut. Das ist nichts anderes als ein Treten nach unten und ein Verwischen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit.

Ein Bild mit Geschichte

Dieses Bild ist aber nichts Neues. Es stammt aus der Zeit der Durchsetzung des beinharten marktradikalen Neoliberalismus in den USA unter Präsident Reagan. Die hierbei verwendete Figur in den USA ist bis heute die der „Welfare Queen“. Es handelt sich hierbei um eine Frau, meist eine alleinerziehende Mutter der Unterschicht, die ihr vermeintliches Luxusleben mit Schecks der Sozialhilfe finanziert. Dieses Bild ist auch noch rassifiziert, denn diese Frau wird gerne mit dem Klischee der lauten und ordinären schwarzen Frau dargestellt. Es geht hier also um eine Verbindung zwischen Klassismus, Rassismus und Misogynie. Diesen Frauen wird auch noch unterstellt, das Geld nicht für Notwendiges, sondern für persönlichen Luxus – zum Beispiel Nägel, Klamotten, Make-up etc. – auszugeben. Der Vorwurf, eine schlechte Mutter zu sein, schwingt immer mit.

Die beschriebene Schrillheit und das damit verbundene Lautsein wird als Undankbarkeit und sogar Hohn gegenüber den Anständigen und Fleißigen konstruiert. Wenn jemand schon Sozialhilfe bekommt, dann hat diese Person auch dankbar, unterwürfig und bescheiden zu sein. So wurde eine Spaltung zwischen den „deserving“ und „undeserving poor“ vorgenommen, also jenen Armen, denen geholfen werden muss, weil sie ohne eigenes Verschulden arm sind, und jenen, die „selbst schuld“ sind.

„Schuld“ ist hier eine arbiträre Größe und wird moralisch und zu gegebenen Zeiten höchst unterschiedlich bewertet. „Selbst schuld“ sind auch jene, die nicht entsprechend aussehen, oder auch jene, die auf eigenen Rechten bestehen. Unverschuldet Arme sind dagegen jene, die sich gut für die PR der Wohltäter*innen eignen: demütig dreinschauende Kinder zum Beispiel und im Kontext der USA – aber auch anderswo – weiße Menschen. Dieses Bild findet sich auch, wenn zum Beispiel die FPÖ als Abgrenzung zu Flüchtlingen plötzlich „unsere Bedürftigen“ entdeckt.

Das ferne kapitalistische Aufstiegsversprechen

Diesem abwertenden Bild von Arbeitslosen liegt das kapitalistische Aufstiegsversprechen zugrunde, dass man alles erreichen kann, wenn man nur will. Die berühmte Formel „vom Tellerwäscher zum Millionär“ sagt genau dies. Aufstieg und Reichtum sind demnach auch Charakterfragen. Dieses schöne Versprechen hält nur leider der Realität nicht stand. Es übersieht gleich mehrere Faktoren – angefangen von Machtverhältnissen, die es bestimmten Gruppen (etwa Frauen oder Migrant*innen) ungleich schwerer machen, egal wie hart sie arbeiten. Dieses Versprechen übersieht ihre ökonomische Ausgangslage. Es gibt nicht nur gläserne Decken in dieser Gesellschaft, sondern Betondecken, die kaum einzureißen sind.

So studieren Kinder mit Akademiker*innen-Eltern viel häufiger und sind so entsprechend für gesellschaftliche Elitenpositionen qualifiziert. Dabei ist selbst das oft nur Makulatur, da das entsprechende Elternhaus schon qua Geburt den Zugang

wie einen kaum zu überschätzenden ökonomischen Vorteil. Egal, was man mit seinem Leben so vorhat – das Wissen, dass es immer Eltern gibt, die eine*n ökonomisch auffangen können, ändert alles.

Klassenkampf von oben

Diese Geburtslotterie wird pseudorationalisiert und zu einer Frage der persönlichen positiven Eigenschaften umgedeutet. Wer reich ist, ist besonders fleißig. Wer arm ist, ist ein schlechter Mensch. Erstere gehören bewundert, Letztere verdammt. Das wird ganz selbstverständlich als Basis für politische Maßnahmen hergenommen, etwa indem das Arbeitslosengeld mitten in einer Pandemie nicht erhöht wird oder selbst Einmalzahlungen als Hängematte empfunden werden. Das ist eine im tiefsten Grunde menschenfeindliche und elitäre Haltung. Das ist Klassenkampf von oben. ◗

Frauen unter Druck

ALICE KUNDTNER
Stellvertretende Direktorin der AK Wien

© Ludwig Rusch, AK Wien

Die Zahlen sind erschreckend: Am Höhepunkt im April gab es über 100.000 Frauen, die durch die Corona-Pandemie arbeitslos geworden waren. Zwar ging die Arbeitslosigkeit wieder zurück, aber bei den Frauen wesentlich langsamer. Ende August waren immer noch 40.000 Frauen mehr arbeitslos als zu Jahresbeginn. Die Gastronomie, der Tourismus und andere Branchen, in denen besonders viele Frauen – oft in atypischen Beschäftigungsverhältnissen – arbeiten, wurden hart von der Krise getroffen. Und die Zahlen allein zeigen nicht die Belastungen, denen Frauen seit März verstärkt ausgesetzt sind.

Auf der einen Seite bleibt die Kinderbetreuung an den Frauen hängen. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass Frauen im Tagesschnitt rund zehn Stunden unbezahlte Arbeit leisten, bei den Männern sind es nur sieben. Besonders betroffen waren die Frauen von der Schließung von Schulen und Kindergärten. Ein Rechtsanspruch auf die Sonderbetreuungszeit wurde erst jetzt, Anfang November – auch auf Druck des ÖGB – beschlossen. Auf der anderen Seite arbeiten besonders viele Frauen in systemrelevanten Berufen, sind physisch und psychisch stärker belastet. Sie wurden dafür beklatscht, aber nicht entsprechend entlohnt. Nach wie vor gibt es weder einen Corona-Tausender noch eine bezahlte Maskenpause.

Jetzt braucht es hart geführte Diskussionen

Was sich allgemein erhöht, ist der Arbeitsdruck. Aus einer aktuellen AK-Umfrage geht hervor: Über die Hälfte der Befragten müssen die gleiche Arbeitsmenge mit weniger Beschäftigten bewältigen. Auch im Homeoffice, für das es – trotz dramatisch steigender Fallzahlen und großer Einschränkungen – oft keine klaren Regelungen gibt.

Um diese Krise zu bewältigen, werden wir sehr harte Diskussionen führen müssen. Dazu gehört die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, um breite Armut zu verhindern und die Konjunktur zu beleben; oder der Ausbau der Kinderbetreuung, was zugleich auch Arbeitsplätze schafft. Und vor allem: Dazu gehört die Verkürzung der Arbeitszeit. Das bringt Jobs, mehr Freizeit und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit. Nicht vergessen: Die Kurzarbeit ist eine staatlich geförderte Form der Arbeitszeitverkürzung, die sich gerade wieder bewährt. ◗

ÖGB VERLAG | SHOP
Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at

Buch + e-book

Leistungsklasse

Wie Frauen uns unbedankt und unerkannt durch alle Krisen tragen

Veronika Bohrn Mena
Studien und Berichte / 2020 / 200 Seiten / EUR 19,90
ISBN 978-3-99046-473-1

Frauen halten unsere Gesellschaft am Laufen, sie tragen unsere Gemeinschaft. Sie bilden das Fundament unserer Wirtschaft – oftmals unbedankt und vielfach unerkannt. Mit diesem Buch möchte Veronika Bohrn Mena einen Beitrag zu einer breiten, lauten und fortschrittlichen Debatte über die dringend notwendige Umverteilung von Zeit, Geld und Arbeit leisten. Wie bereits in ihrem erfolgreichen ersten Buch Die neue ArbeiterInnenklasse stehen auch dieses Mal wieder die Menschen im Vordergrund, denen sie auf eine einzigartige Weise eine Stimme verleiht. Gleichzeitig liefert die Autorin profunde Daten und Fakten und zeigt damit Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen in Wirtschaft und Politik auf.

Gratisversand in Österreich

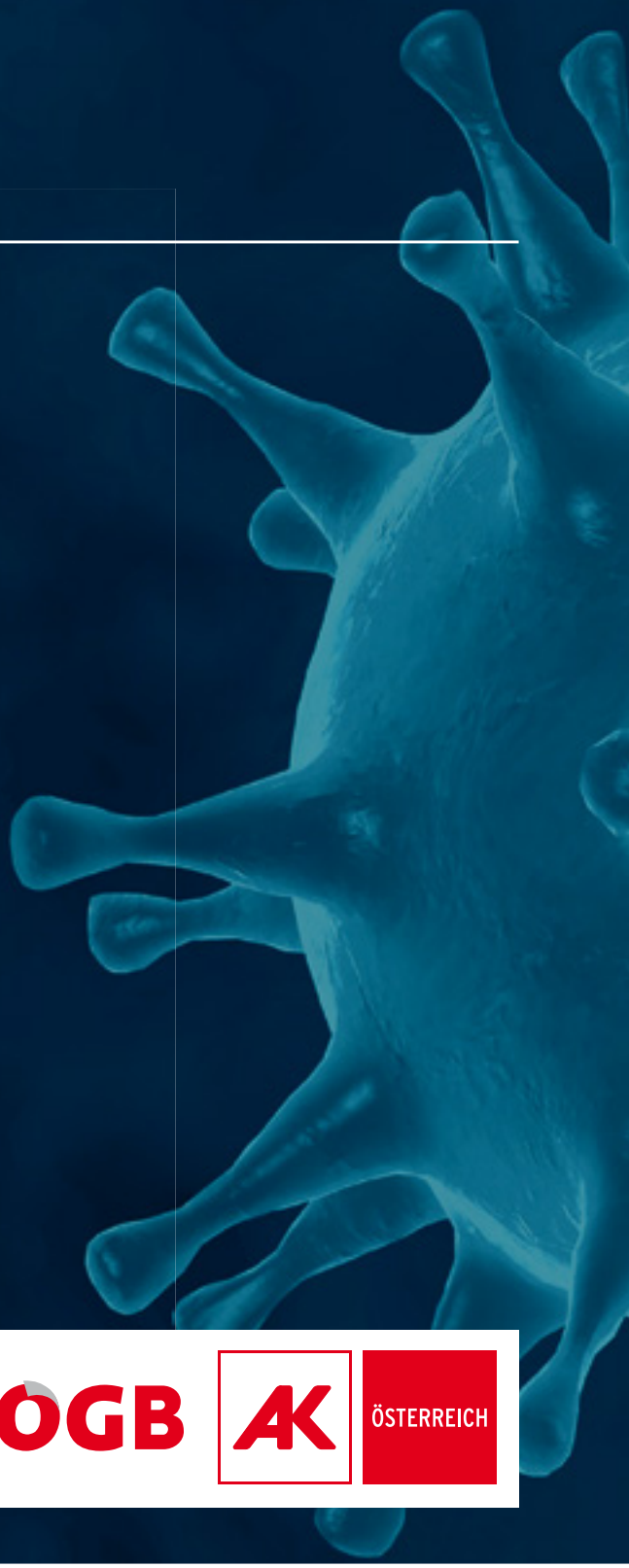
Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien
shop@oegbverlag.at
Telefon 01/405 49 98-132
Fax 01/405 49 98-136
Montag bis Freitag, 9.00–18.00 Uhr

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
office@oegbverlag.at
Telefon 01/662 32 96-0
Fax 01/662 32 96-39793

CORONA

FRAGEN ZUM AKTUELLEN ARBEITSRECHT?

WIR HABEN DIE ANTWORTEN FÜR SIE!



www.jobundcorona.at

ÖGB AK ÖSTERREICH

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträgerln:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW

Österreichische Post AG MZ 02Z031759 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien